

Die Goebbels-Tagebücher 1932-1941

Eine neue Hauptquelle zur Erforschung der nationalsozialistischen Kirchenpolitik

Von Hans Günter Hockerts

1. Die Quelle

Seit langem ist bekannt, daß Joseph Goebbels regelmäßig Tagebuch geführt hat. Einzelne Teile dieser Aufzeichnungen – aus den Jahren 1925/26 und 1942/43 – sind bei Kriegsende in amerikanische Hand gelangt. Sie wurden der Forschung bald zugänglich gemacht, intensiv ausgewertet und zum Teil auch editorisch erschlossen.¹ Weitaus größere Teile der Goebbels-Tagebücher gelangten indessen 1945 in die Sowjetunion und blieben dort lange für die Forschung blockiert. Dem Hamburger Hoffmann und Campe Verlag gelang es 1972 unter Vermittlung Ostberliner Stellen, Kopien dieser Tagebuch-Bestände zu erwerben. Der Verlag plante eine großangelegte Editionsserie, veröffentlichte jedoch nur (1977) die Tagebucheintragungen von Februar bis April 1945.² Dann zog er es (1980) vor, das gesamte Material dem Institut für Zeitgeschichte und dem Bundesarchiv zu verkaufen.³ In beiden Institutionen ist seit kurzem eine wissenschaftliche Benutzung dieser neu übernommenen Goebbels-Tagebücher möglich.

Es handelt sich um etwa 6000 Blatt eigenhändiger Aufzeichnungen aus der Zeit von Sommer 1924 bis Juli 1941 und um weitere 10 000 Blatt, die den Text täglicher Diktate von Juli 1941 bis April 1945 maschinenschriftlich festhalten, getippt mit der besonders großen »Führerart«. Dieses Material liegt nicht urschriftlich, sondern mit unterschiedlichen technischen Verfahren kopiert vor. Die Überlieferungsgeschichte ist noch nicht exakt geklärt. Doch hat sich bisher nicht der geringste Anhaltspunkt ergeben, der an der Authentizität dieser Tagebücher – zumal der mikroverfilmten handschriftlichen Kladden – zweifeln ließe. Der Bestand enthält empfindliche Lücken, z. B. für Mai bis September 1939, also die Zeit des Hitler-Stalin-Pakts und der Kriegsauslösung. Ob oder inwieweit diese Lücken aus »Teilvernichtung und Ausplünderung durch Privatpersonen« in der chaotischen Situation des Kriegsendes herrühren⁴ oder aber auf zurückgehaltenes Material verweisen, bleibt einstweilen ungewiß.

Der historische Wert einer Quelle hängt bekanntlich nicht zuletzt von dem Zweck ab, dem sie ihre Entstehung verdankt. Welchem Zweck, so ist also quellenkritisch zu

1 Eine Auswahledition der etwa 7 000 erhaltenen Tagebuchblätter von 1942/43: Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942-43. Mit anderen Dokumenten hrsg. von Louis P. Lochner. Zürich 1948. Das frühere Fragment ist vollständig ediert: Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hrsg. von Helmut Heiber. Stuttgart 1960.

2 Joseph Goebbels, Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen. Einführung Rolf Hochhuth. Hamburg 1977. Vgl. auch Peter Stadelmayer, Nachwort. Zur Geschichte der Goebbels-Tagebücher, ebd., S. 562-568.

3 Vgl. Martin Broszat, Goebbels-Tagebücher. In: »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« 29 (1981), S. 124-125.

4 Ebd., S. 125.

fragen, dienten die Aufzeichnungen, für die Goebbels sich auch in Phasen ganz extremer Überlastung erstaunlich regelmäßig und oft auch erstaunlich viel Zeit genommen hat? Er selbst hat in dem neuzugänglichen Material verstreute Hinweise gegeben. Sie bestätigen zunächst die Vermutung eines der frühesten Goebbels-Biographen, daß die Tagebücher als »Rohmaterial« für spätere Veröffentlichungen gedacht gewesen seien.⁵ Eine Art Präzedenzfall bietet das 1934 veröffentlichte Buch »Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei«: Hier legte Goebbels in stark redigierter Form Auszüge aus seinen Tagebüchern von Januar 1932 bis Mai 1933 vor.⁶ Zwei Jahre später traf Goebbels, weil er Geld brauchte, eine höchst lukrative Übereinkunft mit Max Amann, dem Direktor des parteieigenen »Zentralverlags der NSDAP«. Einer Tagebuchnotiz zufolge sicherte der Verlag sich 1936 posthume Veröffentlichungsrechte und zahlte dafür »gleich 250 000 Mk und jedes Jahr laufend 100 000 Mk«.⁷

Dennoch gilt, daß Goebbels' Tagebücher im quellenkritischen Sinn überwiegend nicht zur Tradition, sondern zu den Überresten zu rechnen sind. Denn er hat ihnen mit spontaner Notiz vieles anvertraut, was nicht – oder erst bei nachträglicher Filterung – für die Öffentlichkeit bestimmt sein konnte: Einzelheiten, nicht immer schmeichelhafte, aus dem schutzwürdigsten Bereich der privaten Sphäre, Arkana der Politik von Partei und Staat, hemmunglose Urteile über führende Gestalten der »Bewegung«. Die Tagebücher waren eben nicht nur als »Rohmaterial« für die Befriedigung von publizistischem Ehrgeiz gedacht, auch nicht nur als ein Pfund, mit dem sich finanziell trefflich wuchern ließ, sondern zugleich als Medium der Identitätsfindung eines ebenso zynischen und brutalen wie verletzlischen und labilen Geistes. »Die Bücher sind meine Zufluchtsstätte«, notierte Goebbels 1937.⁸ Wenn man das *tertium comparatio-*

5 Curt Riess, Joseph Goebbels. Eine Biographie. Baden-Baden 1950, S. 275. Vgl. dazu eine Tagebuchnotiz (künftig: Tgb.) vom 30. 3. 1941: »Läßt das Schicksal mir dafür ein paar Jahre, dann will ich sie für spätere Generationen überarbeiten. Sie werden draußen wohl einiges Interesse finden.« – Benutzt wurden die im Bundesarchiv Koblenz verwahrten Tagebücher-Kopien (NL 118), und zwar für die handschriftlichen Aufzeichnungen bis 8. 7. 1941 die – oft sehr schwer entzifferbaren – Blattkopien der Mikroverfilmung (Nr. 6-13) sowie ihre – nicht uneingeschränkt zuverlässigen – maschinenschriftlichen Transkriptionen (Serie A: Nr. 62-69); für die Diktate vom 9. 7. 1941 bis 15. 1. 1942 wurden die entsprechenden Mikrofilme (Nr. 15-37) benutzt.

6 Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern, München 1934. Als Vorlagen dienten ein »Tagebuch für Ferien und Reisen vom 22. Mai 1932 bis 17. Dezember 1935«, das in dem neu zugänglichen Bestand enthalten ist (NL 118, Nr. 6 und 7), sowie ein vielleicht im Büro geführtes zweites Tagebuch, von dem nur wenige Bruchstücke als Mikrofiches vorhanden sind (NL 118, Nr. 102). Künftig wird man Goebbels' »Kaiserhof«-Buch nicht mehr ohne quellenkritischen Vergleich mit den Vorlagen benutzen dürfen. Diese wurden nicht nur sprachlich frisiert (z. B. durch Verwandlung des »Chefs« zum »Führer«) und durch Auslassungen bereinigt (z. B. verschwand Despektierliches über Hitlers »schlechten Geschmack« in Frauenfragen oder den »kleinen Mann« Ley), sondern auch inhaltlich verändert: Insbesondere verwandelte die Druckfassung den blanken Optimismus, mit dem Goebbels am 6./7. August 1932 Hitlers Kanzlerschaft binnen einer Woche erwartete, in »Skepsis« um (S. 139).

7 Tgb. 22. Oktober 1936. Vgl. entsprechende Auskünfte von früheren Goebbels-Mitarbeitern bei C. Riess, Goebbels (Anm. 5), S. 275.

8 Handschriftliches Motto der am 7. November 1937 begonnenen, mit dem 10. Februar 1938 endenden Tagebuch-Kladde.

nis eng genug faßt, erinnert dieser Zweck an das Motiv der »Rechenschaft, Rekapitulation, Bewußthaltung und bindenden Überwachung«, mit dem der Tagebuchschreiber Thomas Mann »den fliegenden Tag« regelmäßig festzuhalten suchte.⁹

»Rohmaterial«, zinsbringendes Wertpapier im wörtlichen und übertragenen Sinne, Zufluchtsstätte, im Kriegsverlauf dann immer eindeutiger Stilisierungsmittel für Nachweltruhm:¹⁰ Dieses Motivspektrum erklärt hinreichend, warum Goebbels seine Tagebücher als »seinen wertvollsten Besitz« gehütet hat¹¹ – »zu wertvoll, als daß sie einem evtl. Bombenangriff zum Opfer fallen dürften«, wie er im März 1941 notierte. Er hat sie damals in die unterirdischen Tresore der Reichsbank schaffen lassen, »20 dicke Bände«. ¹² Gegen Kriegsende ließ er die Tagebücher mikrokopieren. Soviel lag ihm an ihrer Erhaltung auch dann noch, als er die Auswertung nicht mehr steuern konnte. Für ein Denkmal, davon war er wohl überzeugt, waren diese »Zeugnisse eines unermüdlichen und harten Lebens«¹³ auf jeden Fall gut, so oder so.

»Sie schildern mein ganzes Leben und unsere Zeit«, schrieb Goebbels in der zitierten März-Notiz 1941. Und in der Tat: Die Tagebücher zeigen den Autor so, wie er war. Sie dokumentieren jene Mischung von »Verstandesschärfe und Naivität, von Gewandheit und Arroganz, von Zynismus und Eitelkeit, von Labilität des Urteils und Konsequenz der Amoralität«, die für diesen Paladin Hitlers nicht weniger charakteristisch war als der »Opportunismus des eigenen Machtstrebens«. ¹⁴ Sie bieten intime Einblicke in das, was Goebbels wollte, dachte und tat, und sie geben in der vielfältigsten Weise Aufschlüsse über das Getriebe des Regimes. Unzweifelhaft ist der neuzugängliche Bestand daher »eines der bedeutendsten bisher für die allgemeine Forschung blockierten Quellenfragmente aus der NS-Zeit«. ¹⁵

Natürlich können diese Tagebücher den ohnehin erreichten Forschungsstand oft nur bestätigen. Sie liefern dann aber nicht selten Belegstellen von geradezu klassischem Zuschnitt, die Eingang in das historiographische Standard-Repertoire finden werden. »Und im übrigen fehlt uns Raum, um unser Volk zu ernähren. Den müssen wir uns holen. Und dazu bauen wir unsere Armee auf. Der Führer weiß genau, was er will«, hielt Goebbels nach einem Gespräch mit Hitler im Mai 1937 so lapidar wie deutlich fest. Über die Ost-Richtung des Holens ließ er – auch hier ganz die Stimme seines Herrn – nie einen Zweifel. Japan werde demnächst »Rußland verdreschen«, so hatte Goebbels im Jahr zuvor ein Gespräch mit Hitler resümiert. »Und dieser Koloß wird ins Wanken kommen. Und dann ist unsere gute Stunde da. Dann müssen wir uns

9 Peter de Mendelssohn (Hrsg.), Thomas Mann. Tagebücher 1933-1934. Frankfurt 1977; Eintragung vom 11. Februar 1934.

10 Im Spektrum der Goebbelsschen Tagebuchmotive hat sich der Akzent im Laufe des Lebens mehrfach verschoben. In der letzten Kriegsphase tritt das Motiv der Selbststilisierung für die Nachwelt ganz dominant hervor, verbunden mit einer fast schon krankhaft gewordenen »Rede- und Diktiersucht«, die R. Hochhuth (in seiner Einführung zu den Tagebüchern 1945 [Anm. 2] S. 19) »Logorrhöe« genannt hat.

11 P. Stadelmayer, Nachwort (Anm. 2), S. 566.

12 Tgb. 30. März 1941.

13 Tgb. 17. Dezember 1935.

14 Vgl. Vorwort zu L. P. Lochner (Hrsg.), Tagebücher 1942-43 (Anm. 1), S. 5.

15 So Martin Broszat (Anm. 3), S. 124.

für 100 Jahre an Land eindecken.«¹⁶ Gewiß keine Bestätigung für die These, das »Ziel der Lebensraumgewinnung im Osten« sei bis 1939/40 im wesentlichen als »Metapher« oder »Symbol« zu verstehen; wohl aber für den Befund, daß dieses Ziel nicht »metaphorisch, also uneigentlich, sondern eigentlich, also auf Verwirklichung angelegt« war.¹⁷ – Das bereits lange vor der gegenwärtigen »Polykratie«-Diskussion entdeckte »anarchische Kompetenzenwirlwarr« des nationalsozialistischen Regimes¹⁸ fand in Goebbels einen dank kräftiger Rängelei-Beteiligung kundigen Diagnostiker: »Wenn wir einmal strauchelten, dann an unseren Kompetenz-Konflikten.«¹⁹ Auch für den Mechanismus, »daß die Dienststellen aller Ressorts in immer stärkerem Maße bereit waren, die Radikalisierung des Regimes mit zu tragen, um nicht einfach umgangen oder ausgeschaltet zu werden«,²⁰ hatte Goebbels einen scharfen Blick: Reichsinnenminister Frick »kriegt manchmal einen Radikalkomplex. Das erlaubt ihm dann wieder, ein Jahr lang Bürokrat zu sein.«²¹

Manches von dem, was Goebbels beobachtete, hat die Forschung freilich viel treffender herausgearbeitet, z. B. die von dem Propagandaminister reichlich naiv rezipierten Zusammenhänge der Blomberg-Fritsch-Krise. In anderer Hinsicht zwingen die Tagebücher jedoch eindeutig zur Revision von Forschungsergebnissen.²² Wie der aufs Ganze gesehen schier überbordende Informationsreichtum des neuen Goebbels-Bestandes im einzelnen beschaffen und zu nutzen ist, wird sich erst aus einer Reihe thematisch gebündelter Einzelstudien ergeben können, zumal die Taxierung des Quellenwertes stets auch abhängig ist von der Formulierung der leitenden Frage. Im folgenden wird nach dem Erkenntnisgewinn gefragt, den die Tagebücher im Hinblick auf die nationalsozialistische Kirchenpolitik ermöglichen. Man wird sehen, daß eine Vielzahl ergänzender, präzisierender und neuer Informationen diese Tagebücher in den Rang einer für die Erforschung der nationalsozialistischen Kirchenpolitik zentralen Quelle hebt.

II. Der Nationalsozialismus – »selbst eine Kirche«?

Goebbels haßte die Kirchen. Zwar ist er nie aus der katholischen Kirche ausgetreten. Aber es schmerzte ihn, wie er 1941 einmal notierte, »für so einen Quatsch«

16 Tgb. 8. Mai 1937; Tgb. 9. Juni 1936.

17 So Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich*, München/Wien 1979, S. 174, in Auseinandersetzung mit Martin Broszat, *Soziale Motivation und Führer-Bindung der NS-Bewegung*, In: »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« 18 (1970), S. 393-409; hier (S. 408) die ersten drei Zitate.

18 Karl Dietrich Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*. München 1976, S. 64.

19 Tgb. 29. Juni 1941. Aufschlußreich auch Tgb. 29. Oktober 1936: »Viktor Lutze beklagt sich, daß die S.A. zu wenig Beachtung fände. Das ist sie und er selbst schuld. Sie *macht* sich keine Aufgaben« (Hervorheb. von mir).

20 Insoweit ist Hans Mommsen, *Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*. In: Gerhard Hirschfeldt/Lothar Kettenacker (Hrsg.), *Der »Führerstaat«. Mythos und Realität*. Stuttgart 1981, hier S. 55, zuzustimmen.

21 Tgb. 16. August 1937.

22 Z. B. ist ziemlich alles Makulatur, was Wolfgang Michalka, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933-1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich. München 1980, S. 213f. über Goebbels' außenpolitische Orientierung sagt.

Kirchensteuern bezahlen zu müssen: Der Führer habe ihm den Kirchenaustritt »aus taktischen Gründen« verboten.²³ Sein von Mitte 1932 bis Ende 1935 geführtes, nunmehr zugängliches »Tagebuch für Ferien und Reise« bestätigt seine tiefe Aversion gegen die »Pfaffen«. Doch geht dieses Tagebuch nur selten und dann auch nur mit wenigen Stichworten auf kirchenpolitische Fragen ein; dies gilt auch für die spärlichen Bruchstücke eines anderen in dieser Zeit – vielleicht im Büro – geführten Tagebuches.²⁴ Ohne nähere Erläuterung wandte er sich im Juni 1933 »scharf gegen Kardinal Bertram«. Verärgert nahm er im Juni 1934 einen – allerdings nicht öffentlich verlesenen – Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz zur Kenntnis, der »scharf gegen den Staat« sei: »Nun aber zugreifen.« Für »sehr scharf« befand er einen Hirtenbrief von August 1935, mit dem die katholischen Bischöfe der nationalsozialistischen Kampflosung »Entkonnfessionalisierung des öffentlichen Lebens« das Ziel entgegengesetzten, daß die Kirche »weithin sichtbar in das öffentliche Leben hineinragen« solle. Die Schlußwendung dieses Hirtenbriefes, die zum Gebet »für das Vaterland und seine Lenker« aufrief, »auf daß sie im Lichte Gottes das Recht sehen«, kommentierte Goebbels spöttisch: »Na, die beten, wir handeln.«²⁵

Was Hitlers kirchenpolitische Orientierung betrifft, so erlauben die Tagebücher dieses Zeitraums – in Verbindung mit späteren Notizen – einige wichtige Präzisierungen. Über die geheimnisumwitterte Rede, die Hitler am 5. August 1933 vor den Reichsleitern und Gauleitern der NSDAP hielt, vermerkte Goebbels: »Scharf gegen die Kirchen. Wir werden selbst eine Kirche werden.«²⁶ Damit wurde eine Perspektive aufgetan, die in den Tagebüchern künftig noch oft ins Bild kam. Den Reichsparteitag 1935 z. B. nannte Goebbels sakralisierend »das Hochamt unserer Partei«. Ende 1935 notierte er: »Eine Kirche sind wir leider noch nicht.« Nach einem Gespräch mit Hitler über die Neubaupläne für die Reichshauptstadt Berlin, in denen kein christliches Kirchengebäude, wohl aber eine monumentale Kuppelhalle vorgesehen war, schrieb er 1937: »Die Hallen bekommen Glocken, sie werden die Kirchen der Zukunft.« Den Reichsparteitag desselben Jahres erlebte Goebbels als »eine fast religiöse Feier«, von »einem unendlichen mystischen Zauber umhüllt«.²⁷

23 Tgb. 29. April 1941. 24 Vgl. Anm. 6. – Über das Reichskonkordat 1933 geben die Tagebücher keine neuen Aufschlüsse. Sie bestätigen jedoch den Anteil Papens, so wie Konrad Repgen, Über die Entstehung der Reichskonkordats-Offerte im Frühjahr 1933 und die Bedeutung des Reichskonkordats. In: »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« 26 (1978), S. 499-534 ihn sieht. Vgl. Tgb. 5. Juli 1933: »Bei Hitler zu Mittag. Papen macht dem Vatikan ein Konkordat: also aufpassen!« Tgb. 9. Juli 1933 (wobei das Possessivpronomen zu beachten ist): »Papen hat sein Konkordat fertig. Damit ist das Zentrum ganz schachmatt.«

25 Tgb. 4. Juni 1933, 29. Juni 1934, 31. August 1935. Zum nicht verlesenen Hirtenbrief vom 7. Juni 1934 vgl. Ludwig Volk. Die Fuldaer Bischofskonferenz von Hitlers Machtergreifung bis zur Enzyklika »Mit brennender Sorge«, in: Dieter Albrecht (Hrsg.), Katholische Kirche im Dritten Reich. Mainz 1976, hier S. 49-53. Text des Hirtenbriefes vom 20. August 1935: Wilhelm Corsten (Hrsg.), Kölner Aktenstücke zur Lage der katholischen Kirche in Deutschland 1933-1945. Köln 1949, Nr. 80.

26 Tgb. 7. August 1933. Zu dieser Rede, deren Text nach wie vor unbekannt ist, vgl. grundlegend Leonore Siegele-Wenschkewitz, Nationalsozialismus und Kirchen. Religionspolitik von Partei und Staat bis 1935. Düsseldorf 1974. S. 127-131.

27 In der Reihenfolge der Zitate: Tgb. 17. September 1935, 13. Dezember 1935, 17. April 1937, 13. September 1937. Vgl. generell Klaus Vondungs, Magie und Manipulation. Ideologischer Kult

Andererseits bestätigen diese Tagebücher aber auch Hitlers bekannte Skepsis gegenüber Rosenbergs ersatzreligiösem Reformationseifer. »Gegen neue Religionsgründer« wandte Hitler sich z. B. im Herbst 1935 im internen Kreis, was Goebbels als »Absage an Rosenberg« kräftig akzentuierte, da er den »Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP« als Rivalen bekämpfte und verachtete.²⁸ »Rosenberg, Himmler und Darré müssen ihren kultischen Unfug abstellen«, notierte Goebbels im selben Jahr nach einem Gespräch mit Hitler; »damit geben wir den Saboteuren nur Waffen in die Hand.«²⁹ Dies war eine taktische Begründung, und Taktisches spielte auch herein, wenn Hitler späteren Goebbels-Notizen zufolge sich selbst »mit Leidenschaft« dagegen verwahrte, »Religionsstifter zu spielen«. Denn: »Am besten erledigt man die Kirchen, wenn man selbst sich als positiven Christen ausgibt«³⁰ – ein präziser Kommentar zu Artikel 24 des Parteiprogramms der NSDAP (»positives Christentum«)! Die Parole »Partei gegen Christentum«, mit der die Rosenberg, Himmler, Darré antraten, hielt Hitler für gänzlich ungeschickt: »sondern wir müssen uns als die einzig wahren Christen deklarieren«. Nur so sei die Sache aussichtsreich: »Christentum heißt die Parole zur Vernichtung der Pfaffen, wie einstmal Sozialismus zur Vernichtung der marxistischen Bonzen.«³¹ Dies sind Hinweise von einer Deutlichkeit, die alles bisher aus der Vorkriegszeit Bekannte übertreffen; eine Parallele bieten wohl nur die Monologe im Führerhauptquartier der Kriegszeit.³²

Die rassistisch-sozialdarwinistische Weltanschauung in einen förmlichen »Kirchenersatz« umzugießen, das war also ein von Hitler »sehr skeptisch« beurteiltes Unterfangen.³³ Doch hatte er nicht ausschließlich taktische, aus kirchenpolitischem Kalkül abgeleitete Gründe. »Wir sind noch zu jung dazu«, hörte Goebbels aus Hitlers Mund.³⁴ »Das wird die Aufgabe eines kommenden Reformators sein, als der der Führer sich keinesfalls fühlt.«³⁵ Damit war nicht allein gemeint, daß Teile der NS-Bewegung für einen solchen Schritt noch nicht reif seien. So wußte die Führungsspitze

und politische Religion des Nationalsozialismus. Göttingen 1971. Zur Sakralisierung des Reichsparteitags 1937 vgl. aus Hitlers Abschlußkundgebung: »Was uns in dieser Woche manches Mal fast erschütterte, war das weltanschaulich-völkische Glaubensbekenntnis einer neuen Generation, und öfter als einmal standen hier wohl Hunderttausende nicht unter dem Eindruck einer politischen Kundgebung, sondern im Banne eines tiefen Gebetes!« Vgl. Der Parteitag der Arbeit vom 6. bis 13. September 1937. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden. München 1938, S. 358.

28 Tgb. 25. September 1935. Vgl. Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart 1970.

29 Tgb. 21. August 1935.

30 Tgb. 28. Dezember 1939. (Das Wort »erledigt« ist nicht eindeutig zu entziffern.)

31 Tgb. 23. Februar 1937. Wie Goebbels ausdrücklich festhielt, gab er hier Äußerungen Hitlers aus einem Gespräch vom Vortag wieder.

32 Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsg. von Werner Jochmann. Hamburg 1980.

33 Tgb. 17. Januar 1940.

34 Tgb. 13. März 1937.

35 Wie Anm. 33.

z. B. sehr genau, daß sogar einzelne Gauleiter »in dieser Beziehung unbelehrbar sind« und erst »noch weg« müßten.³⁶ Wichtiger, wenngleich in den Goebbels-Tagebüchern wenig beleuchtet, war dies: Zutiefst davon überzeugt, daß die rassistisch-sozialdarwinistische Weltanschauung eine wissenschaftliche sei, glaubte Hitler, daß die Gesetze der kosmisch-biologischen Evolution im einzelnen noch viel eindringlicher erforscht sein müßten, ehe »ein kommender Reformator« auftreten könne. Hier lag auch eine gewisse Divergenz zu den nach Hitlers Ansicht eher voreiligen Bestrebungen Rosenbergs: »Unsere Weltanschauung muß der exakten Forschung nicht vorschreiben«, hielt er ihm einmal entgegen, »sondern aus ihrer Arbeit die abstrakten Gesetze folgern.«³⁷ Daß am Ende ausgerechnet der Vegetarismus sich »als Grundlage einer kommenden neuen Religion« herauschälen würde,³⁸ gehört zu den eher skurrilen Eingebungen in Hitlers rundum pseudowissenschaftlichem Denken.

III. Hitlers kirchenpolitisches Experiment 1935/36

Was den Verlauf der konkreten Kirchenpolitik angeht, so stützen Goebbels' bis 1935 kärglich, seit Januar 1936 dichter überlieferte Tagebücher einen von der Forschung bisher noch nicht deutlich genug herausgearbeiteten Befund: Hitler hat in der Mitte der 1930er Jahre ein kirchenpolitisches Experiment unternommen. Er wollte herausfinden, ob sich zwei divergierende Zielsetzungen synchronisieren ließen. Das eine, verbindlich feststehende Ziel hieß: Verdrängung des kirchlichen Einflusses auf die Gesellschaft (insbesondere in den vom Regime monopolisierten Bereichen der Jugenderziehung und der Schule, des Verbändewesens und der Publizistik). Das andere Ziel lag im friedlich-schiedlichen Arrangement mit den Kirchen. Dieses Ziel war eine abhängige Variable – nur einlösbar, falls die Kirchen die Abschnürung ihrer autonomen gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten hinnehmen und zur Reduktion ihres Selbstverständnisses auf ein reines Sakristeichristentum – in politisch irrelevanter oder die Herrschaftsansprüche des Regimes abstützender Form – bereit sein würden.

Mit Blick auf den von Richtungskämpfen geschüttelten Protestantismus wurde dieses Experiment in der Form durchgeführt, daß der im Juli 1935 ernannte Reichskir-

36 Tgb. 30. Januar 1941.

37 Vgl. Hans-Günther Seraphim (Hrsg.), Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/40. München 1964, S. 120 (7. Februar 1940). Zur Hochschätzung dessen, was Hitler als »exakte Wissenschaft« verstand, vgl. insbesondere die Monologe im Führerhauptquartier (Anm. 32), z. B. am 14. Oktober 1941. Daß das Lehrgebäude der katholischen Kirche vor der »exakten Wissenschaft« keinen Bestand habe, vermerkte Hitler bereits in »Mein Kampf«. Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, Nachdruck der 1. Aufl., 1932, S. 512. Hingegen legte er stets Wert darauf, den Antisemitismus aus der »Vernunft«, nicht aus »Momenten des Gefühls« abzuleiten, z. B. schon in dem bekannten Brief Hitlers an Adolf Gehlich, 16. September 1919, abgedruckt bei Eberhard Jäckel (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924. Stuttgart 1980, S. 88-90. – Kirchliche Kritik an der NS-Rassengesetzgebung wischte Hitler mit dem Hinweis beiseite, daß diese auf »absoluten wissenschaftlichen Forschungen« beruhe (so im Gespräch mit Kardinal Faulhaber 1936, vgl. Anm. 45).

38 Tgb. 24. September 1940 (unter Bezug auf ein Gespräch mit Hitler). Ähnlich Tgb. 13. November 1940.

chenminister Hanns Kerrl mit verschärfter Staatsaufsicht ein »Einigungswerk« zustande zu bringen suchte: Die von Kerrl eingeleitete Kirchausschußpolitik sollte die »innere Zerklüftung« der evangelischen Kirche überwinden und sie zu einem »brauchbaren politischen Instrument des NS-Regimes« machen.³⁹ Auf die katholische Kirche bezogen, präsentierte sich das Experiment in anderer Form. War unter den Bedingungen des Jahres 1933 ein Arrangement nur dank erheblicher Konzessionen des Regimes zu haben gewesen, indem das Reichskonkordat autonome gesellschaftliche Wirkungsmöglichkeiten der katholischen Kirche vertragsrechtlich festschrieb, so sollte die sperrige Ausgleichsbasis des Reichskonkordats nun mittels forcierter Verdrängungspolitik verlassen und durch einen minimalisierten gemeinsamen Nenner ersetzt werden. Dieser Nenner sollte klein genug sein, um dem Regime kirchenpolitisch freie Hand zu geben (also die Konzessionen des Jahres 1933 rückgängig zu machen); aber groß genug, um die katholische Kirche dennoch friedlich zu stimmen. Ein heikles Experiment, das Hitler mit beträchtlicher Skepsis eingeleitet hat. Aber da ihm die Risiken, die ein offener Bruch barg, noch größer zu sein schienen, wollte er den Versuch wagen. Die Frage war nur, welcher gemeinsame Nenner die komplizierte Doppelfunktion – Köder für die Kirche, Blankoscheck für das Regime – übernehmen sollte. Hitlers Antwort hieß: der Antibolschewismus.

Hitlers Kalkulation ist vor dem Hintergrund einer im Verlaufe des Jahres 1936 ruckartig verstärkten Antibolschewismuspropaganda zu sehen, die wie eine zentrale Drehscheibe eine Vielzahl innen- und außenpolitischer Intentionen verband. Diese Propaganda stellte die Volksfrontregierungen Spaniens und Frankreichs als verlängerten Arm sowjetrussischen Expansionsdrangs hin und pries das nationalsozialistische Deutschland als Europas antibolschewistisches Bollwerk. Außenpolitisch sollte die Kampagne das deutsche Eingreifen im spanischen Bürgerkrieg rechtfertigen, das Werben um England intensivieren,⁴⁰ die Annäherung an Italien und Japan fördern und Moskau zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Berlin provozieren.⁴¹ Innenpolitisch sollte sie Bolschewismussfurcht in Optionen für das Regime umwandeln und psychologische Voraussetzungen für die beabsichtigte Expansion nach Osten schaffen.

Kirchenpolitisch diente sie der Einreihung der kirchlichen Kräfte in die antibolschewistische Einheitsfront im allgemeinen und als Grundlage eines die katholische Kirche einseitig bindenden Stillhalteabkommens im besonderen. Dieser Gesamtzusammenhang läßt erkennen, in wie hohem Maße Hitler an einem Erfolg des kirchenpolitischen Experiments gelegen sein mußte.

»Will Frieden machen mit Kirchen. Wenigstens gewisse Zeit«, notierte Goebbels im August 1935 über eine Vorbesprechung Hitlers mit den für den Reichsparteitag 1935 vorgesehenen Rednern. Freilich dürfe eine »scharf gegen Klerisei« gehende Rede

39 Vgl. Kurt Meier, *Der evangelische Kirchenkampf*, Bd. 2: *Gescheiterte Neuordnungsversuche im Zeichen staatlicher »Rechtshilfe«*. Göttingen 1976, S. 77.

40 Vgl. Andreas Hillgruber, *Grundzüge der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-1945*, In: »*Saeculum*« 24 (1973), S. 328-345.

41 Zum letzteren vgl. Tgb. 9. September 1936.

Rosenbergs »doch gebracht« werden. Warum Hitler keinen kirchenpolitischen Unruheherd brauchen konnte, läßt sich aus den »großen außenpolitischen Plänen« schließen, die er bei dieser Gelegenheit entwickelte: »Mit England ewiges Bündnis, gutes Verhältnis Polen«, dagegen »nach Osten Ausweitung«. In »einigen Jahren« komme die »große geschichtliche Stunde«; »wir müssen dann parat sein«. ⁴² Dem außenpolitischen Tatendrang entsprach innenpolitisches Ruhebedürfnis – aber mit niedriger kirchenpolitischer Toleranzschwelle. »Die Frage Katholizismus sieht der Führer sehr ernst«, vermerkte Goebbels im September 1935, wohl im Nachhall des gemeinsamen Hirtenbriefes, mit dem die Bischöfe im Monat zuvor der nationalsozialistischen Verdrängungspolitik ein lautes Signal kirchlicher Resistenz entgegengesetzt hatten. »Soll es jetzt schon zum Kampfe kommen? Ich hoffe es nicht. Später geht es besser.« ⁴³

In den folgenden Monaten wurden Tempo und Intensität der Repressionspolitik so deutlich verstärkt, daß ein gemeinsamer Hirtenbrief des katholischen Episkopats im August 1936 die Zielrichtung klar und öffentlich benennen konnte: Es werde der »Einflußkreis des Christentums und der Kirche immer mehr verengt und zuletzt nur noch auf den Kirchenraum beschränkt«. ⁴⁴ Propagandistische Warnschläge traten hinzu, indem Goebbels' Medien-Imperium eine Serie von Devisen- und Sittlichkeitsprozessen gegen Ordensangehörige und Priester mit antikirchlichen Diffamierungskampagnen mittlerer Schärfe ausschaltete. Das waren für die Kirche sehr peinliche Propagandaschläge. Mit halber Wucht ausgeteilt und im Juli 1936 vorläufig eingestellt, gaben sie der Kirche zu verstehen, daß die Machtfülle des Regimes erdrückend und ein Friedensschluß zu den Bedingungen des Regimes das Tunlichste sei. ⁴⁵

Denn noch in der zweiten Jahreshälfte 1936 wartete Hitler auf ein derartiges Arrangement. »Will evtl. zum Frieden kommen, wenigstens vorläufig«, notierte Goebbels im Oktober 1936 über ein Gespräch mit Hitler auf dem Obersalzberg. »Zum Kampf gegen Bolschewismus. Will mit Faulhaber sprechen.« ⁴⁶ Die Aussprache zwischen Hitler und dem Münchener Kardinal Faulhaber fand am 4. November 1936 auf dem Obersalzberg statt. Damit trat Hitlers kirchenpolitisches Experiment, was die katholische Seite betrifft, in das entscheidende Stadium.

Über den Verlauf des dreistündigen Hitler-Faulhaber-Gesprächs sind wir dank einer umfangreichen Niederschrift Faulhabers seit längerem unterrichtet. ⁴⁷ Hitler entwickelte mit Blick auf den spanischen Bürgerkrieg und die französische Volksfrontregierung das Bild einer bolschewistischen Bedrohung Europas, leitete daraus »die große Aufgabe des Nationalsozialismus« ab, »den Bolschewismus nicht Herr werden zu lassen«, und er forderte die katholische Kirche auf, diesen Kampf zu »unterstützen

42 Tgb. 19. August 1935.

43 Tgb. 6. September 1935.

44 Gemeinsamer Hirtenbrief vom 19. August 1936. Druck: W. Corsten (Anm. 25), Nr. 112.

45 Vgl. Hans Günter Hockerts, Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf. Mainz 1971.

46 Tgb. 21. Oktober 1936.

47 Die Niederschrift ist abgedruckt bei Ludwig Volk (Hrsg.). Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917-1945, Bd. II: 1935-1945. Mainz 1978, S. 184-194. Hieraus die folgenden Zitate.

und in ein friedliches Verhältnis zum Staate« zu kommen. Denn: »Entweder siegen Nationalsozialismus und Kirche zusammen, oder sie gehen beide zugrunde.« Sein Friedensangebot sei »ein letzter Versuch«, betonte Hitler, und indem er sich auf Faulhabers Proteste gegen die Strangulierung der katholischen Bekenntnisschulen und der katholischen Arbeiter-, Jugend- und Lehrerinnenvereine nicht einließ, gab er auch zu erkennen, welcher Art von Frieden dieser Versuch galt: einem Unterwerfungsfrieden auf antibolschewistischer Basis, keinem *Modus vivendi* auf der Basis konkordatär geschützter Unabhängigkeitsrechte.

Was Goebbels im November 1936 über das Faulhaber-Gespräch erfuhr, bestätigte vor allem Hitlers Entschlossenheit, einen Frieden nur als Unterwerfungsfrieden zu akzeptieren. Er habe dem Kardinal »mächtig eingeheizt«, erzählte der »Führer« seinem Propagandaminister. Er habe ihm klargemacht: »Entweder mit [uns] gegen Bolschewismus oder Kampf gegen die Kirche.« Goebbels resümierte: »Die Kirche muß sich zu uns bekennen, und zwar ohne Vorbehalt.« Wie Hitler die Erfolgsaussichten beurteilte, darüber wußte Goebbels nur wenig zu notieren. Faulhaber sei »sehr kurz gewesen« und habe »von Dogmen gefaselt und so«. ⁴⁸ Immerhin scheinere der Vatikan »allmählich mürbe geworden zu sein«. Hier bezog Hitler sich wahrscheinlich auf Faulhabers Nachricht, daß der Papst sich kürzlich scharf vom Bolschewismus distanziert und ihn als »den Todfeind jeder christlichen Kultur« verurteilt habe. Jedenfalls müsse der Vatikan sich jetzt entscheiden: »Für oder gegen uns. Frieden oder Krieg.« ⁴⁹

Anfang Dezember 1936 verabschiedete das Reichskabinett das Gesetz über die Hitlerjugend, in dem Elternhaus, Schule und HJ, jedoch nicht mehr die Kirchen als Erziehungsträger genannt wurden. Das Kabinettsprotokoll vermerkt, daß Hitler »grundsätzliche Ausführungen über den Gesetzentwurf« machte, schweigt sich ansonsten aber aus. ⁵⁰ Goebbels notierte sich ein knappes Resümee dieser Ausführungen. ⁵¹ »Die Kirchen haben vollkommen versagt«, heißt es darin ohne nähere Erläuterung. »Kirchen müssen entweder scharf an unsere Seite treten, oder sie sind zum Untergang reif.« Da war sie wieder: die Forderung nach einem Unterwerfungsfrieden ohne Wenn und Aber. Würden die Kirchen in diesem Falle zumindest die Entwicklung der nationalsozialistischen Weltanschauung zu einer förmlichen Ersatzreligion auf Dauer abwenden können? Nein. »Religiosität von ihnen [den Kirchen] trennen, da sonst mit ihnen die ganze Gottgläubigkeit in Gefahr«, führte Hitler den Goebbels-Notizen zufolge aus. Die Kirchen standen in seinen Augen also in jedem Falle auf dem Absterbeetat. Zwar betonte Hitler, »den Gottesglauben ganz tief, vor allem in der Jugend, verankern« zu wollen. Das wollte er aber nicht im Sinne christlicher Theologie und nicht mit Hilfe der christlichen Kirchen, sondern – unter anderem – mit Hilfe der

48 Tgb. 10. und 15. November 1936.

49 Tgb. 6. November 1936 (»mürbe« nicht eindeutig zu entziffern; vielleicht auch »müde« oder »milde«, was Goebbels' Stil aber weniger entsprechen würde). Das Papst-Zitat aus Faulhabers Niederschrift (Anm. 47).

50 Niederschrift über die Sitzung des Reichsministeriums am 1. Dezember 1936. Bundesarchiv, R 43 I/1475.

51 Tgb. 2. Dezember 1936.

nationalsozialistischen Hitlerjugend, um deren Erhebung zur Staatsjugend es bei jenem Gesetz ging.⁵²

IV. Zickzackkurs gegenüber dem Protestantismus 1937

Um die Jahreswende 1936/37 verdichteten sich die Anzeichen, daß Hitlers kirchenpolitisches Experiment weder auf katholischer noch auf evangelischer Seite den gewünschten Erfolg haben werde. Das Scheitern von Kerrls Versuch, die vielfältigen Gegensätze im Protestantismus auszugleichen, war schon Ende 1936 deutlich abzusehen.⁵³ Hitler begann daher, den Kirchenminister »sehr scharf« zu kritisieren: Kerrl schwebe in den Wolken und habe »keine Autorität im eigenen Hause«.⁵⁴ Im Januar 1937 kam es zu der »furchtbaren Abkanzlung« Kerrls »beim Führer«, über die Rosenberg in seinem Tagebuch berichtet hat.⁵⁵ Auch Goebbels war Zeuge. Seinen Notizen zufolge nahm Hitler »Kerrl gegenüber scharf gegen die Kirchen Stellung«; er wolle »den Primat des Staates auf jeden Fall durchkämpfen, die Kirchen müssen sich beugen«. Kerrl, in dieser Beziehung »etwas weich«, sei nach Hitlers Auslassung »sehr deprimiert« gewesen.⁵⁶ Der Rücktritt des Reichskirchenausschusses machte dann am 12. Februar 1937 offenkundig, daß Kerrls »Einigungswerk« mißlungen war. Hitlers Härte-Appell im Ohr, gedachte der Kirchenminister, den Protestantismus einer um so stärkeren staatskirchlichen Reglementierung zu unterwerfen, und er kündigte für den 15. Februar 1937 den Erlaß entsprechender Verordnungen an.

Doch trat an diesem Tag jene frappierende Wende ein, die der Forschung mangels eindeutiger Motivbelege nicht weniger Rätsel aufgegeben hat als den erstaunten Zeitgenossen. Hitler unterzeichnete in Berchtesgaden einen Erlaß, wonach der Protestantismus »in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst die neue Verfassung und damit die neue Ordnung geben« sollte. Zu diesem Zweck wurde Kerrl ermächtigt, »die Wahl einer Generalsynode vorzubereiten«.⁵⁷ Mit den Goebbels-Tagebüchern liegt nun erstmals eine Quelle vor, die eine genaue Rekonstruktion der Genese und Motive dieses überraschenden Kurswechsels – »volle Freiheit« und Autonomie statt staatskirchlicher Steuerung – ermöglicht.

Am 14. Februar 1937 ließ Hitler telefonisch Kerrl, Frick, Heß, Himmler und Goebbels zu einer »Konferenz über die Kirchenfrage« auf den Obersalzberg beor-

52 Wenige Tage zuvor hatte Hitlers Ziel, Religiosität und Kirchlichkeit voneinander zu trennen, in einem Runderlaß des Reichsjustizministeriums einen rechtlichen Ausdruck gefunden: Er führte die amtliche Bekenntnisbezeichnung »gottgläubig« ein. Vgl. Reichsministerialblatt, 27. November 1936, Nr. 45, S. 507. In einem Bericht über die Kabinettsitzung, den der katholische Verkehrsminister Eltz-Rübenach dem Kardinal Faulhaber gab, klingen die Zusammenhänge etwas gemildert: »Der Führer habe eine Idee: Der Nationalsozialismus muß auffangen, was aus der Kirche davonläuft. Er lebt in der Idee, immer mehr laufen davon (Protestanten).« Vgl. Aufzeichnung Faulhabers, 13. Dezember 1936. Druck: L. Volk (Anm. 47), S. 237-239.

53 Vgl. Klaus Scholder, Die evangelische Kirche in der Sicht der nationalsozialistischen Führung bis zum Kriegsausbruch. In: »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« 16 (1968), S. 28.

54 Tgb. 30. Dezember 1936.

55 Vgl. K. Meier (Anm. 39), S. 148.

56 Tgb. 14. Januar 1937.

57 Vgl. Klaus Scholder (Anm. 53), S. 29; K. Meier (Anm. 39), S. 148.

dern.⁵⁸ Sieben Stunden lang erörterte diese Führungsspitze (ohne Rosenberg) tags darauf das »große Dilemma«, in das man durch den Fehlschlag der Kirchengeschichtspolitik geraten war. Hitler war »wütend« über Kerrls neueste staatskirchliche Reglementierungspläne, »die auf einen summus episcopus hinauslaufen«. Das gehe nur »mit Gewalt«, die aber sei jetzt fehl am Platz. In einigen Jahren komme der »große Weltkampf«, in dem es für das Deutsche Reich um Leben und Tod gehe, und daher könne er »jetzt keinen Kirchenkampf gebrauchen«. Kerrl verteidigte seine Sache, wie Goebbels fand, »sehr schlecht und flau« und blieb isoliert. Doch welche Alternativlösung bot sich an?

Gemeinsam im Zug anreisend, hatten Goebbels, Himmler und der Staatssekretär des Reichsinnenministeriums, Wilhelm Stuckart,⁵⁹ diese Frage tags zuvor intensiv erörtert. Hier waren Exponenten der »weltanschaulichen Distanzierungskräfte der Nazi-Partei« unter sich, deren Gegensatz zu Kerrl von der historischen Forschung präzise herausgearbeitet worden ist: Während Kerrl eine staatskirchliche »Konsolidierung« des Protestantismus und eine »organisatorische Festigung der kirchlichen Institutionen« auf der Basis einer »Synthese von Nationalsozialismus und Christentum« anstrebte, arbeiteten jene auf eine Trennung von Staat und Kirche hin, um »die Kirche auf das Niveau eines Vereins zu drücken, der dann irgendwann einmal ohne Schwierigkeiten vollends liquidiert werden konnte«.⁶⁰ Goebbels formulierte in seinem Resümee des Anreise-Gesprächs mit klassischer Kürze: »Kerrl will die Kirche konsolidieren, wir wollen sie liquidieren.« Es seien also »grundsätzliche Unterschiede, die uns trennen«. Taktische Bedenken gegen einen staatskirchlichen Zwangskurs kamen noch hinzu: So schaffe man sich »nur Märtyrer« auf den Hals, befand Goebbels mit propagandistischem Scharfblick; man verschwende die »Staatsgewalt« damit an »eine aussichtslose Sache«, meinte der Gewaltspezialist Himmler.

Da es für eine förmliche Trennung von Staat und Kirche »noch zu früh« sei, einigten sich die drei auf eine Übergangslösung: »stärkstes Absentieren« des Staates, »Aus-schreiben von Wahlen, damit die streitenden Gruppen sich in einem Parlament totlaufen«. Goebbels rechnete sich den entscheidenden Denkanteil an diesem Vorschlag zu und unterbreitete ihn während der Obersalzberg-Konferenz in folgender Form: »Neuwahl einer verfassungsgebenden Synode, vollständige Absetzung von Partei und Staat in dieser Frage, freieste Proportionalwahlen und dann hohe Diäten für die Synodaldelegierten. In einem Jahr werden sie den Staat um Hilfe gegen sich selbst anbetteln.« Der Führer war »begeistert«. Der Vorschlag wurde in allen Einzelheiten durchberaten und unverzüglich »ganz konkret und raffiniert« in Erlaßform gebracht. »Führer glücklich. Der Stein der Weisen.« Und Goebbels strahlte: »Ein historischer Tag. Ein Wendepunkt im Kirchenstreit.« Er konnte sich schmeicheln, der *Spiritus rector* gewesen zu sein.

Da man bei Kerrl vor »Blödsinn« nie sicher sei, behielt Goebbels einstweilen die

58 Das folgende nach Tgb. 15., 16., 17. Februar 1937.

59 Zu Stuckarts kirchenpolitischer Linie vgl. L. Siegele-Wenschkewitz (Anm. 26), S. 205-210.

60 Das letzte Zitat aus K. Scholder (Anm. 53), S. 31, mit Bezug auf Heß, Bormann und Rosenberg; die anderen Zitate aus K. Meier (Anm. 39), S. 77. Vgl. auch John S. Conway, Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933-1945. Ihre Ziele, Widersprüche und Fehlschläge. München 1969.

Initiative bei. Noch am 15. Februar 1937 ließ er in Berlin eine Pressekonferenz zusammenrufen. »Motto: Friedensschritt des Führers in der Kirchenfrage. Das wird ziehen.« Befriedigt konnte er am folgenden Tag registrieren, daß der Führererlaß »von In- und Auslandspresse gut aufgenommen« worden sei. Um die Polizeifragen »unter Ausschaltung von Kerrl« zu regeln, nahm er Kontakt mit Heydrich auf. Man einigte sich schnell: »Polizei ganz zurückziehen. Wahl und Synode sich selbst überlassen.« Amüsiert stimmte man auch darin überein, daß Kerrls »Ehrgeiz, das Kirchenvolk zu einigen« und so etwas wie »Papst von Deutschland« zu werden, eine »tolle Schnapsidee« sei.

Aber dann kam alles ganz anders. Schon am 18. Februar 1937 vermerkte Goebbels, daß Kerrl nicht Neutralität wahren, sondern »die Deutschen Christen stützen« wolle. Das sei ein Skandal ohnegleichen. Damit werde »der Plan des Führers glatt sabotiert«. Dies stimmte nicht ganz, wie sich bei einer weiteren Konferenz über Kirchenangelegenheiten am 22. Februar 1937 zeigte. Man müsse »eine Gruppe halten«, meinte Hitler, um mit ihr den »Kampf gegen diese Verräter« der »Bekenntnisfront« führen zu können. Später dann »Trennung von Kirche und Staat« auf evangelischer Seite und »Kündigung des Konkordats« auf katholischer Seite, damit man auch hier »für alle Eventualfälle freie Hand« habe.⁶¹ Im April kam Goebbels dann selbst zu der Überzeugung, daß das Regime, »wenn auch versteckt«, auf die Seite der Deutschen Christen treten müsse; sonst würden »die Bekenntnispfaffen« die Kirchenwahl gewinnen, »und das heißt Krieg«. Staat und Partei müßten nun doch »aktiv« für die Deutschen Christen eintreten, damit »die Bekenntnisfront nicht siegt«, notierte er im Mai.⁶² Ende Juli stoppte eine Verordnung alle Kirchenwahlvorbereitungen – bis auf weiteres, wie es hieß, aber bekanntlich ist Hitlers Kirchenwahlerlaß auch später nie realisiert worden.

Zu den Hintergründen dieses Stops gehört eine »tolle Schwenkung« Kerrls, wie Goebbels nach einem Gespräch mit dem Kirchenminister notierte: Er wolle jetzt – statt der Synodalwahlen – eine »Volksabstimmung durch Listen über die Trennung von Kirche und Staat«. Goebbels nahm sich vor, dem Führer davon abzuraten, denn das sei »keine Sache der Wahl, sondern der autoritären Entscheidung«. Aber sobald er merkte, daß dieser »mit Kerrl einig« sei, fand auch er die Idee »ganz gut«: Das werde »für die Kirchen ein katastrophaler Reinfall. Und wir haben eine Position zum Handeln«. ⁶³ Aber auch dieser Plan verschwand bald wieder in den Schubladen, weil Hitler zögerte. Der Führer näherte sich zwar »mehr und mehr der Trennung von Kirche und Staat«, notierte Goebbels Ende 1937; aber er habe auch Bedenken: »Dann geht der Protestantismus ganz zugrunde. Und wir haben gegen den Vatikan gar kein Gegengewicht mehr.« Er wolle »im Augenblick Ruhe« und habe Kerrl »jede Neuerung verboten«. ⁶⁴ – Eine gewisse Ratlosigkeit in Verfahrensfragen, verbunden

61 Tgb. 18. und 23. Februar 1937. Bereits Ende 1934, nach dem Scheitern des Versuchs, mit Hilfe des Reichsbischofs Müller die Macht in der evangelischen Kirche zu übernehmen, hatte Hitler ein »radikales Degagement in Form der Trennung von Staat und Kirche« erwogen. Vgl. L. Siegele-Wenschkewitz (Anm. 26), S. 202f.

62 Tgb. 21. April und 12. Mai 1937.

63 Tgb. 28. und 29. Juli 1937.

64 Tgb. 7. und 22. Dezember 1937 (»Neuerung« nicht eindeutig zu entziffern).

mit scharfen Repressionen gegen die »radikalen« Kreise innerhalb des bekenntnis-kirchlichen Flügels.⁶⁵ damit endete Hitlers kirchenpolitisches Experiment 1937 in Hinblick auf den protestantischen Teil der Versuchsanordnung.

V. Aggressionsentladung gegen den Katholizismus 1937

Noch gründlicher mißlang das Experiment im Hinblick auf die katholische Kirche. Statt auf Hitlers Bedingungen einzugehen, provozierte sie eine gewaltige Aggressionsentladung des Regimes: In der nationalsozialistischen Rangskala der Gegnerbekämpfung rückte die katholische Kirche während des Jahres 1937 auf den obersten Platz.

Antikirchliche Exzesse im spanischen Bürgerkrieg hatte der katholische Episkopat im August 1936 zum Anlaß genommen, um sich mit einem gemeinsamen Hirtenbrief in den Chor der ruckartig gesteigerten Antibolschewismuskampagne einzureihen. Er ersuchte das Regime um »Friede und Eintracht«, um »die geistigen Voraussetzungen des Bolschewismus zu bezwingen« – aber unter der von Hitler gerade nicht gewünschten Bedingung, daß die katholische Kirche »jene Bewegungsmöglichkeit und Freiheit« behalte, die im Reichskonkordat 1933 vereinbart worden war.⁶⁶ Der Weihnachtshirtenbrief des Episkopats, der sich als Antwort auf Hitlers Ausführungen im Gespräch mit Faulhaber verstand, führte diese Linie Ende 1936 weiter,⁶⁷ antibolschewistische Einheitsfront, aber kirchliche Freiheit auf dem im Konkordat vereinbarten »eigenen Rechts- und Arbeitsgebiet«. Die Kritik an der nationalsozialistischen Einschünnungspolitik fiel so eindeutig aus, daß der Hirtenbrief trotz schärfster antibolschewistischer Akzentuierung von den deutschen »Sendern und Zeitungen totgeschwiegen« wurde⁶⁸ und Hitler ihn verärgert zur Kenntnis nahm: »Die katholischen Bischöfe haben wieder mal einen Hirtenbrief gegen uns losgelassen«, notierte Goebbels über eine »Religionsdebatte« beim »Führer« Anfang Januar 1937. Daß sie den einzig möglichen Weg zum Friedenschluß – die bedingungslose Unterwerfung – nicht einschlugen, faßte Hitler als »Blindheit« auf. Er fühlte die Skepsis bestätigt, mit der er sich auf das Experiment eingelassen hatte: »Der Führer hält das Christenum für reif zum Untergang. Das kann noch lange dauern, aber es kommt.«⁶⁹

Zu den Vorfällen, die Hitlers Skepsis allmählich in heftigen Zorn umwandelten, gehört die Brückierung, die ihm der streng katholische Verkehrs- und Postminister Eltz-Rübenach («Wenn er niest, dann kommt Ruß heraus; so schwarz ist er»)⁷⁰ im

65 Hierzu gehört die Verhaftung Martin Niemöllers am 1. Juli 1937. Hitlers Entschluß, daß Niemöller ungeachtet des Prozeßergebnisses »nie mehr losgelassen« werde, vermerkt Goebbels bereits im Tgb. 3. Juli 1937. Zwei Wochen vor dem am 7. Februar 1938 eröffneten Prozeß notierte Goebbels wiederum: »Der Führer will ihn nie wieder freilassen«; er schimpfe »richtig aus dem Herzen über die protestantische Internationale« (Tgb. 21. Januar 1938). Anlaß waren vermutlich die ökumenischen Interventionen zugunsten Niemöllers. Vgl. hierzu Armin Boysen, Kirchenkampf und Ökumene 1933-1939. München 1969.

66 Vgl. Anm. 42.

67 Druck: W. Corsten (Anm. 25), Nr. 130.

68 Vgl. Protokoll der Plenarkonferenz des deutschen Episkopats vom 12.-13. Januar 1937. Druck: Ludwig Volk (Hrsg.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945, Bd. IV: 1936-1939. Mainz 1981, S. 72-88, hier S. 74.

69 Tgb. 5. Januar 1937.

70 Ebd.

Januar 1937 vor dem versammelten Reichskabinett antat. Dieses Hitler tief verletzende Ereignis ist in Umrissen lange bekannt, erhält durch die Goebbels-Tagebücher aber genauere Kontur.⁷¹ Den vierten Jahrestag der Machtergreifung nahm Hitler am 30. Januar 1937 zum Anlaß, um seinen Ministern »tiefbewegt« zu danken, die Nichtparteimitglieder unter ihnen in die NSDAP aufzunehmen und ihnen das Goldene Parteiabzeichen zu verleihen. Als Eltz-Rübenach – der schon bei der Verabschiedung des HJ-Gesetzes unangenehm aufgefallen war, weil er Vorbehalte zu Protokoll gegeben hatte – an der Reihe war, »geschieht das Unfaßbare. Eltz lehnt die Annahme ab, tritt nicht in die Partei ein, weil wir angeblich »die Kirche unterdrücken«. Verlangt eine Erklärung vom Führer«. Alles erstarrte. Man stand »wie gelähmt«. Hitler verweigerte jede Erörterung, ging im Spalier weiter und verließ – nach einem Dank aus Görings, Blombergs und Neuraths Mund – den Raum. Sofort sorgte Goebbels dafür, daß die konsternierte Ministerrunde Eltz geschlossen um seinen Rücktritt ersuchte, den er auch gleich einreichte. Goebbels war fassunglos. »Das sind die Schwarzen. Sie haben über ihrem Vaterland eben einen höheren Befehl: den der alleinseligmachenden Kirche.« Immerhin sei das Kabinett »diese schleichende Gefahr« jetzt los. Nachher sprach Goebbels noch lange mit Hitler. »Er ist tief empört.«

In den nächsten Wochen legte Hitler intern »mächtig gegen die Kirchen los«.⁷² Das Fiasko der Kirchengeschäftspolitik Kerrls, das Beharren der katholischen Kirche auf Autonomie, die Brückierung durch Eltz, eine »scharfe Predigt« Faulhabers:⁷³ Dieses und vieles andere kam zusammen und brachte Hitler immer stärker zu Bewußtsein, daß sein kirchenpolitisches Experiment gescheitert sei: Die Kirchen »haben nichts gelernt und werden nichts lernen«.⁷⁴ Hitler reagierte mit Haßeruptionen. Die Vernichtungsperspektive begann die Unterwerfungsperspektive zu überlagern. Das Bild der Kirchen verschmolz zunehmend mit dem Inbegriff aller Feindbilder Hitlers: »Der Jude im Christentum.«⁷⁵ Dennoch: Er konnte »jetzt keinen Kirchenkampf gebrauchen«. Goebbels wußte sich mit Hitler einig: In der Alternative »totschweigen oder totschiagen« blieb einstweilen nur die erste Möglichkeit.⁷⁶

In dieser Situation schlug die am 21. März 1937 in den 11 500 katholischen Pfarrkirchen verlesene päpstliche Enzyklika »Mit brennender Sorge« wie eine Bombe

71 Das folgende nach Tgb. 31. Januar 1937. Die Darstellung bei Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. I: Triumph (1932-1938). Wiesbaden 1937, S. 677ff., ist entsprechend zu korrigieren.

72 Tgb. 6. Februar 1937 – u. a. mit den in den späteren Jahren immer wiederkehrenden Topoi, die christliche Mitleidsmoral habe »unsere Haltung versaut« und das Christentum habe das freie, edle Menschenbild der Antike zerstört.

73 Tgb. 18. Februar 1937 mit Goebbels' Kommentar: »Die Unterhaltung (Faulhabers) mit dem Führer hat also nichts genützt.« Faulhabers inkriminierte Predigt ist abgedruckt bei L. Volk (Anm. 47), S. 287-296. Sie nahm in vielem den Tenor der Enzyklika »Mit brennender Sorge« vorweg, für die Faulhaber im Januar einen ersten Entwurf geliefert hatte.

74 Tgb. 9. Februar 1937, eine Äußerung Hitlers wiedergebend.

75 Tgb. 23. Februar 1937 mit Resümee der Äußerungen Hitlers während der (in Abschnitt IV erwähnten) Konferenz über die Kirchenfrage vom Vortag. Hier fiel auch Hitlers »Parole zur Vernichtung der Pfaffen«, von der in Abschnitt II die Rede war.

76 Tgb. 13. März 1937.

ein. Hier ist nicht der Ort für eine genauere Analyse dieses scharfen Protests gegen »die Vertragsumdeutung, die Vertragsumgehung, die Vertragsaushöhlung, schließlich die mehr oder minder öffentliche Vertragsverletzung« durch den nationalsozialistischen Konkordatspartner.⁷⁷ Festzuhalten ist hier nur, daß die Enzyklika in exakt diametralem Gegensatz zu der Grundbedingung des kirchenpolitischen Experiments stand, das Hitler 1935/36 mit der katholischen Kirche durchführte. Am Vorabend des 21. März 1937 kam Heydrich zu Goebbels, setzte ihn über diese »Provokation im besten Sinne des Wortes« ins Bild und wollte »scharf machen«. Goebbels, wenngleich »wütend und voll Ingrimms«, riet ab: »tot stellen und ignorieren«, jedenfalls auf der Agitationsebene. »So erledigt man das am besten.« Wohl aber »wirtschaftlichen Druck« ausüben, »Beschlagnahme und Verbot der Kirchenblätter, die diese Frechheit bringen«.⁷⁸ Den »Führer« verständigte man noch nicht, damit der Ärger ihn nicht um die ganze Nachtruhe bringe.⁷⁹ In den nächsten Tagen gewann Goebbels Hitler für die Devise: »totschweigen« und der »Vatikan-Frechheit« mit wirtschaftlichem Druck begegnen.⁸⁰ Aber als die internationale Presse der Enzyklika weltweit sensationellen Widerhall verschaffte,⁸¹ kam die lange angestaute antikatholische Aggressivität abrupt zum Durchbruch. »Anruf vom Führer«, notierte Goebbels am 2. April 1937, »er will nun gegen den Vatikan los.« Die »Pfaffen« sollen jetzt »unsere Strenge, Härte und Unerbittlichkeit kennenlernen«.

Was dann kam, ist bekannt: ein Diffamierungsfeldzug von ungewöhnlicher organisatorischer Perfektion und schonungsloser Brutalität, ein »Haberfeldtreiben«, ein »Höllkonzert«, ein »Großangriff« mit »größtem Geschütz« auf die »schwarze Brut«.⁸² Das Agitationsmaterial wurde hauptsächlich aus Sittlichkeitsprozessen bezogen, die im Juli 1936 sistiert, also für den Konfliktfall auf Eis gelegt worden waren und nun, im April 1937, massiv gebündelt und mit schrillum Propagandalärm in Szene gesetzt wurden. Gipfelpunkt der Kampagne war eine vom Rundfunk übertragene, allen deutschen Zeitungen unter Abdruckzwang übermittelte Rede, die Goebbels am 28. Mai 1937 in der Berliner Deutschlandhalle hielt: ein schlechterdings unüberbietbares Trommelfeuer von Hetztiraden gegen die katholische Kirche. »Das Publikum rast«, notiert Goebbels, »eine richtige Versammlung wie in der alten Zeit«⁸³ – die

77 Druck: Dieter Albrecht (Bearb.), *Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der Deutschen Reichsregierung*, Bd. 1: Von der Ratifizierung des Reichskonkordats bis zur Enzyklika »Mit brennender Sorge«. Mainz 1965, Anhang Nr. 7.

78 Zu den harten Sanktionen, die die Enzyklika auslöste – u. a. entschädigungslose Enteignung von zwölf Druckereien – vgl. Heinz-Albert Raem, Pius XI. und der Nationalsozialismus. Die Enzyklika »Mit brennender Sorge« vom 14. März 1937. Paderborn u. a. 1979.

79 Tgb. 21. März 1937.

80 Tgb. 24. März 1937.

81 Tgb. 3. April 1937: Der Vatikan bediene sich der »ganzen Weltpresse. Wir müssen also zum Gegenangriff übergehen«.

82 Tgb. 26. und 30. April, 30. Mai, 28. Juni 1937.

83 Tgb. 28. Mai 1937.

»Kampfzeit« meinte er wohl, als man dem Gegner noch ohne »staatsmännische« Rücksichtnahme an den Hals gehen konnte.⁸⁴

Die treibende Kraft der Kampagne war Hitler selbst. Das war bisher zu vermuten und ist jetzt durch die Goebbels-Tagebücher vielfach belegbar. »In der Kirchenfrage radikalisiert sich der Führer zusehendst«, vermerkte Goebbels im April 1937; jetzt werde »rücksichtslos aufs Ganze« gegangen. Der Führer wolle einen »großen Feldzug« und kenne »keine Gnade mehr«, hieß es im Mai, und im Juni: »Der Führer rast gegen die Pfaffen.«⁸⁵ Goebbels organisierte den »Feldzug« in ständiger Abstimmung mit Hitler. In Goebbels' Villa auf der Havelinsel Schwanenwerder erörterten sie den Entwurf der Deutschlandhallenrede, und Hitler gab »einige Tips«. Nach der Rede – »2 Stunden in Glanzform« – suchte Goebbels seinen Führer auf: »Er drückt mir die Hand, hat die ganze Rede am Rundfunk gehört und, wie er mir erzählt, keine Minute still sitzen können.«⁸⁶

Die Kampagne war ein Vergeltungsschlag gegen die Enzyklika. Zugleich suchte sie den autonomen gesellschaftlichen Wirkungsanspruch der katholischen Kirche in der deutschen Öffentlichkeit nachhaltig zu diskreditieren, eine Kluft des Mißtrauens zwischen dem katholischen Bevölkerungsdrittel und den kirchlichen Institutionen aufzureißen und der katholischen Hierarchie lähmende Angst einzujagen. In Anbetracht der tiefverwurzelten Kirchlichkeit des Katholizismus (wie auch bedeutender Teile des Protestantismus) blieb Hitler freilich realistisch genug, um zu erkennen, daß eine »Endlösung« der Kirchenfrage nicht übers Knie gebrochen werden konnte. Wenn Hitler 1937 auch intern von der »Vernichtung der Pfaffen« redete, so sagte ihm die kühlere Überlegung doch, daß die Beseitigung der kirchlichen Kräfte erst am Ende eines langen Prozesses ihrer Aushöhlung und Unterwerfung stehen könne. Eine vorbehaltlose Unterwerfung unter den totalen Herrschaftsanspruch des Regimes lehnte die katholische Kirche ab. Dies hatte der Fehlschlag des 1935/36 durchgeführten Experiments gezeigt. Nun sollte sie zur Unterwerfung gezwungen werden. Der propagandistische »Großangriff« 1937 war ein Mittel für diesen Zweck.

»Wir müssen die Kirchen beugen und sie uns zu Dienern machen«, so faßte Goebbels eine lange Unterredung zusammen, die er im Mai 1937 mit Hitler über das Kirchenthema führte. Seine Niederschrift gibt präziser als alles bisher Bekannte darüber Auskunft, wie Hitler sich damals den Weg zu diesem Ziel gedacht hat. Fünf Schritte faßte er ins Auge.⁸⁷ Er gedachte, den Zölibat zu beseitigen, die Kirchenver-

84 Zu Organisation, Durchführungsmodalitäten, Zielen und Ergebnissen der Kampagne vgl. im einzelnen H. G. Hockerts (Anm. 45).

85 Tgb. 26. und 29. Mai 1937.

86 Tgb. 10. und 11. April, 1. Mai, 2. Juni 1937. Wie hochgradig Hitlers antikatholische Animosität aufgereizt war, illustriert folgende Episode. In dem italienisch-deutschen Luis-Trenker-Film »Condottieri« entdeckte Hitler »katholisierende Tendenzen« und befahl sofort ein Verbot des Films. Um ihn umzustimmen, ließ Goebbels den Film wiederholt schneiden, wies auf das viele investierte Kapital hin und gab zu bedenken, daß die Italiener über ein Verbot »entsetzt« sein würden. Aber alles prallte an Hitlers Nein ab. Vgl. Tgb. 31. März und 1. April 1937.

87 Tgb. 12. Mai 1937.

mögen einzuziehen, den Zugang zum Theologiestudium zu erschweren,⁸⁸ die Orden aufzulösen und den Kirchen die Erziehungsberechtigung zu nehmen. So »kriegen wir sie in einigen Jahrzehnten klein. Dann fressen sie uns aus der Hand.« Um die Bahn für eine solche Kirchenpolitik freizumachen, dachte Hitler an eine Kündigung des Reichskonkordats.⁸⁹

Auf Anraten Goebbels wurde das propagandistische Trommelfeuer Ende Juli 1937 abgestoppt – für einige Monate, wie Goebbels notierte, damit »das Volk nicht dagegen abstumpft«.⁹⁰ Auch Hitler plante noch im August 1937, die »Aktion« nach kurzer Pause wiederaufzunehmen und »eventuell« in die Verkündigung einschneidender kirchenpolitischer Beschlüsse einmünden zu lassen. Als Forum wollte er den Reichstag einberufen.⁹¹ Doch dann begann er zu zögern. Im November 1937, als Goebbels die Presse kirchenpolitisch »loslassen« wollte, bremste Hitler. Im Dezember 1937 erfuhr Goebbels, daß Hitler zwar zu gegebener Zeit »die Pfaffenprozesse wieder anzudrehen« bereit sei; aber ob evangelisch oder katholisch: »In der Kirchenfrage will er im Augenblick Ruhe.«⁹²

Hatte Hitler den Kampf gegen die katholische Kirche 1937 als »die wichtigste innerpolitische Auseinandersetzung der letzten Zeit«⁹³ betrachtet und selbst nach Kräften zugespitzt, so nahm er den Konflikt nun von der Ebene der lärmenden Agitation herunter. Zugleich begann er die kirchenpolitischen Zügel, die er 1937

88 Mit Hilfe der Bestimmung, daß niemand vor dem 24. Lebensjahr ein Theologiestudium beginnen dürfe: »Damit nehmen wir ihnen den besten Nachwuchs.« – Ebenso Tgb. 15. September 1940 mit dem Kommentar: »Dann wird es nicht mehr viele (Theologiestudenten) geben.«

89 Vgl. nochmals Hitlers Ausführungen während der Kirchenfrage-Konferenz vom 22. Februar 1937: »Kündigung des Konkordats, damit wir da auch für alle Eventualfälle freie Hand haben« (Tgb. 23. Februar 1937). Die im Juli 1937 geplante Volksabstimmung über die Trennung von Staat und Kirche sollte offenbar auch in dieser Beziehung »eine Position zum Handeln« schaffen (Tgb. 29. Juli 1937). Zu Kerrls Versuch, die Konkordatskündigung zu forcieren, vgl. H. G. Hockerts (Anm. 45), S. 151, Anm. 20. – 1939 gewann die Konkordatsfrage neue Aktualität: Hitler »erwägt, ob wir nicht aufgrund der Wahl Pacellis zum Papst das Konkordat kündigen sollen. Das wird bestimmt bei der ersten Kampfmaßnahme Pacellis der Fall sein« (Tgb. 4. März 1939).

90 Tgb. 26. Juli 1937. Da Goebbels mit Selbstlob immer schnell zur Hand, dagegen zu Selbstkritik notorisch unfähig war, deutet sich der Bumerangeffekt der hemmungslos übersteigerten Propagandakampagne nur zwischen den Zeilen seiner Tagebücher an. Etwa in der Implikation der »Abstumpfung« der Medienkonsumenten oder in der Sorge vor einem rapiden katholischen Leserschwund (Tgb. 13. Mai 1937). Die katholische Abwehr entging ihm nicht: »Die Pfaffen hetzen im ganzen Land gegen mich« (16. Juni 1937). Die in Millionenaufgabe verbreiteten »Katechismuswahrheiten« nannte Goebbels einen »hundsgemeinen kleinen »Katechismus«, der »von Hinterhältigkeiten nur so strotzt« (Tgb. 6. Oktober 1937). Zu dieser Abwehrbroschüre vgl. Ulrich von Hehl, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945*. Mainz 1977, S. 129-131; zur Reaktion der Kirche insgesamt H. G. Hockerts (Anm. 45), S. 147-216.

91 Tgb. 13. August 1937 sowie undatiertes, im Archivbestand irrtümlich Ende August 1937 eingeordnetes Blattkopie-Fragment, das in den Zusammenhang der Eintragung vom 13. August 1937 gehört.

92 Tgb. 3. November bzw. 22. Dezember 1937.

93 Interpretationsanweisung zur Agitationskampagne in der Reichspressekonferenz am 28. Mai 1937. Bundesarchiv, Sammlung Brammer, ZSg 101/9, S. 389.

ziemlich straff in die eigene Hand genommen hatte, schleifen zu lassen. Beides – der Schwund an Hitlers kirchenpolitischer Führungsinitiative und der Verzicht auf vollen Einsatz des nationalsozialistischen Agitationspotentials in der Kirchenfrage – blieb eine Dauererscheinung der kommenden Jahre. Das schloß große spektakuläre Schritte (wie eine Kündigung des Reichskonkordats) aus, beließ aber den kirchenfeindlichen Kräften in Partei und Staat – insbesondere Himmlers Gestapo – um so mehr Spielraum für eine geräuscharme administrative Einschnürung des kirchlichen Lebens.

Diese Wende ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß in Hitlers Augen »mit der gesamten Innenpolitik auch Kirchenfragen in den Hintergrund« traten, »je intensiver er sich von 1938 ab außenpolitisch engagierte«. ⁹⁴ Wie sehr die Zuspitzung des Kirchenkonflikts außenpolitisch schadete, hatte Hitler 1937 vielfach erfahren müssen: Mussolini signalisierte sein Befremden; Lord Halifax gab Hitler im persönlichen Gespräch zu bedenken, daß die nationalsozialistische Kirchenpolitik in der britischen Öffentlichkeit »Besorgnis und Unruhe« erzeuge; aus Washington meldete der deutsche Botschafter, diese Politik trage dem nationalsozialistischen Deutschland in den USA »große psychologische Schwierigkeiten« ein. ⁹⁵ Längerfristig war freilich weniger die Rücksichtnahme auf das Auslandsecho entscheidend als vielmehr die Erkenntnis, daß es nicht ratsam sei, gleichzeitig außen- und innenpolitische Konflikte zu schüren. Während Kriegsrisiko und Kriegswillen zunehmend Hitlers Interesse absorbierten, wuchs daher sein Wunsch nach Konfliktentlastung an der innenpolitischen Front. Intern sprach Hitler nach wie vor »scharf« über das Christentum, und er war sich sicher: »Einmal wird dieser Kampf doch kommen.« ⁹⁶ Aber auf dem Weg zum Krieg konnte er einstweilen »noch keinen großen Kampf gegen die Kirche« gebrauchen. ⁹⁷

VI. Kirchenpolitik im Krieg

Goebbels' neuzugängliche Tagebücher aus den ersten Kriegsjahren (1940/41) bestätigen zunächst drei bekannte Forschungsbefunde. Erstens liefern sie zusätzliche Belege für Hitlers grundsätzliche Christentums- und Kirchenfeindschaft, die bisher vor allem aus den Monologen im Führerhauptquartier bekannt war. Die in diesen Monologen immer wiederkehrenden Topoi erscheinen auch in dem davon unabhängigen Überlieferungsstrang der Tagebücher und lassen sich dort zeitlich früher zurückverfolgen. »Der Führer ist tief religiös, aber ganz antichristlich«, resümierte Goebbels. Er sehe im Christentum »ein Verfallsymptom«, eine »Abzweigung der jüdischen Rasse«, ⁹⁸

94 Ludwig Volk, Der Widerstand der katholischen Kirche. In: Christoph Kleßmann / Falk Pingel (Hrsg.), *Gegner des Nationalsozialismus*. Frankfurt/New York 1980, S. 133. Vgl. auch Tgb. 3. Februar 1939: »Der Führer spricht jetzt fast nur noch über Außenpolitik.«

95 Zu Mussolini vgl. H. G. Hockerts (Anm. 45), S. 76, und H.-A. Raem (Anm. 78), S. 162f.; zu Lord Halifax vgl. Aufzeichnung über seine Unterredung mit Hitler am 19. November 1937, in: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 1, Nr. 31, Zitat S. 47.* (Daß Lord Halifax dem »Führer« auch mit Kirchenfragen gekommen sei, vermerkt Tgb. 26. November 1937.) Zu den USA vgl. Tgb. 24. August 1937.

96 Tgb. 12. Februar 1939.

97 Tgb. 15. Januar 1938.

98 Tgb. 29. Dezember 1939.

eine »Absurdität«, der er »allmählich auf allen Gebieten das Wasser abgraben« werde.⁹⁹ »Er haßt das Christentum«, das den »hellen, freien antiken Tempel« in einen »düsteren Dom« mit »einem schmerzverzerrten gekreuzigten Christus« verwandelt habe.¹⁰⁰ Zur Kirchenfeindschaft führte nicht zuletzt konkretes Machtkalkül: Die Kirche wolle »ihren weltlichen Herrschaftsanspruch nicht aufgeben« und ihren Einfluß auf die »Menschenführung« bewahren.¹⁰¹ Hitler betrachtete die kirchlichen Institutionen also als einen Störfaktor, der die nationalsozialistische Machtentfaltung und insbesondere den nationalsozialistischen Monopolanspruch auf »Menschenführung« behinderte.

Zweitens bestätigen diese Tagebücher vielfach, daß Hitler »die Auseinandersetzung mit der Klerisei« für die Zeit »nach dem Krieg aufsparen« wollte.¹⁰² Dann komme »die generelle Lösung des Kirchenproblems«. Dann werde den Kirchen »sofort und drastisch klargemacht, daß es im Staat nur eine Autorität gibt, von der sich alle Autorität ableitet: den Staat selbst«. »Da müssen sie kuschen oder werden vernichtet.«¹⁰³ Goebbels befürwortete eine Vertagung des Kirchenkampfes ganz entschieden. Es gelte, alle Kräfte »ausschließlich auf die Erringung des Sieges« zu konzentrieren. Ein Kampf gegen die Kirchen würde nur »Kräfte verbrauchen, die wir an anderen Stellen unbedingt notwendig haben«. Während Staat und Partei im Krieg »sowieso nicht in der Lage« seien, diesen »Kampf auf Hauen und Stechen« zu führen, werde es nach dem Sieg ein Leichtes sein, »in einem Generalaufwaschen die ganzen Schwierigkeiten zu beseitigen«.¹⁰⁴

Wie die Tagebücher drittens bekräftigen, kann von einem kirchenpolitischen »Burgfrieden« während des Krieges gleichwohl kaum die Rede sein. Zu stark waren die kirchenkämpferischen Tendenzen in den oberen und unteren Rängen von Partei und Gestapo, angefangen bei Martin Bormann, dem fanatischen Kirchenhasser an der Spitze der Parteikanzlei. Zu stark war auch die Verlockung, unter dem Vorwand »kriegsbedingter Notwendigkeiten« repressive Maßnahmen durchzusetzen. Goebbels registrierte solche Maßnahmen mit Kritik an Zeitpunkt und Methode. »Bormann bohrt wieder in der Kirchenfrage«, notierte er zum Beispiel im Mai 1941. Er mißbilligte die »Art von Bilderstürmerei«, die Bormann betrieb, und ließ ihn das auch wissen.¹⁰⁵ Gemeint war offenbar der von Bormann inszenierte Klostersturm, der in der ersten Jahreshälfte 1941 zur Beschlagnahmung von 123 größeren Klostergut-Komplexen führte, bis Hitler im Juli 1941 bremsend eingriff.¹⁰⁶

»Ganz töricht« befand Goebbels im August 1941 einen Erlass des thüringischen

99 Tgb. 30. Januar 1941.

100 Tgb. 8. April 1941.

101 Tgb. 6. Februar 1940, wo ohne konfessionelle Unterscheidung der Kollektivsingular »Kirche« benutzt ist.

102 Tgb. 9. November 1939.

103 Tgb. 5. August 1941; 6. Juni 1940; 7. Mai 1940, jeweils als Resümee interner Äußerungen Hitlers.

104 Tgb. 19. August 1941; 30. November 1941; 18. August 1941; 21. August 1941.

105 Tgb. 22. Mai 1941.

106 Vgl. zuletzt Ludwig Volk, Episkopat und Kirchenkampf im Zweiten Weltkrieg. In: »Stimmen der Zeit« 198 (1980), S. 597-611, 687-702, hier S. 604f.

Gauleiters Sauckel, wonach alle Parteifunktionäre des Gaues schleunigst aus der Kirche auszutreten hatten. Goebbels erreichte, »daß der Führer ein weiteres Verfechten dieses Standpunkts verbietet«. ¹⁰⁷ Im Spätsommer 1941 hatte Goebbels auch sonst genügend Anlaß zum Ärger über »die Nadelstichpolitik, die von verschiedenen Stellen der Partei gegen die kirchlichen Behörden betrieben wird«. Insbesondere Bormanns »Radikalismus auf diesem Gebiet« stiftete »wenigstens in der Jetztzeit mehr Schaden als Nutzen«. ¹⁰⁸ Zwar gelang es Goebbels im Gespräch mit Bormann, diesen wenigstens vorübergehend auf einen Stillhaltekurs festzulegen; ¹⁰⁹ zwar konnte er spektakuläre antikirchliche Aktionen des bayerischen Gauleiters Wagner (Kruzifix-Erlaß) und des Köln-Aachener Gauleiters Grohé abbiegen. ¹¹⁰ Aber immer wieder regten sich kirchenpolitische »Scharfmacher«; die »wollen und wollen das nicht zur Ruhe kommen lassen«. ¹¹¹

Goebbels' Ärger über die kirchenpolitischen »Scharfmacher« hinderte ihn freilich nicht im geringsten daran, im eigenen Machtbereich repressiv vorzugehen, nur eben geschickter, getarnter als die anderen. Er wolle der Kirchenpresse »den Garaus machen«, notierte er im März 1941. Das werde er mit Papiermangel begründen, aber in Wirklichkeit habe die Kirchenpresse »sich zu saumäßig benommen, vor allem während der Kriegszeit«. Demgemäß führte eine Anordnung der Papierwirtschaftsstelle im April 1941 das Ende der kirchlichen Zeitschriften in Deutschland herbei. ¹¹² Dies war Teil einer Einengungsstrategie, die Goebbels im Juli 1941 im Hinblick auf den »katholischen Klerus« so formulierte: »Wir verbieten seine Zeitschriften, verweigern seinen Buchpublikationen die nötigen Papiermengen und Arbeiter und drehen ihm somit allmählich die Wirksamkeit ab.« ¹¹³ Um zu erproben, inwieweit der Erpressungsgehalt einer klaren Ankündigung solcher Repressionen wirkungsvoller sei als ihre getarnte Durchführung, ließ Goebbels gelegentlich im geeigneten Rahmen Klartext sprechen. Im September 1940 beauftragte er einen Ministerialdirektor seines Ministeriums, kirchlichen Vertretern in einer Besprechung über Schrifttumsfragen klarzumachen, »daß wir uns von jetzt ab keine weiteren offenen oder versteckten

107 Tgb. 5. August 1941. Der Erlaß dürfte im Zusammenhang mit dem bekannten Rundschreiben Bormanns an die Gauleiter vom 9. Juni 1941 stehen, in dem es unter dem Betreff »Verhältnis von Nationalsozialismus und Christentum« u. a. hieß: »Nationalsozialistische und christliche Auffassungen sind unvereinbar.« Druck und quellenkritische Prüfung bei Friedrich Zipfel, *Kirchenkampf in Deutschland 1933-1945*. Berlin 1965, S. 511-516.

108 Tgb. 18. August 1941. »Anders steht es mit der Judenfrage«, betonte Goebbels in derselben Notiz. Mit einer Verschärfung der Judenverfolgung glaubte er kein Unruhe-Risiko einzugehen. Denn: »Gegen die Juden sind augenblicklich alle Deutschen.«

109 Tgb. 19. August 1941. Dementsprechend Bormann an Lammers, 22. Oktober 1941; vgl. J. S. Conway (Anm. 60), S. 297, Anm. 67.

110 Tgb. 29. August und 14. September 1941.

111 Tgb. 25. September 1941. Zum »verweigernten Burgfrieden« vgl. als eindringliche Fallstudie für das Erzbistum Köln U. von Hehl (Anm. 90), S. 197-240.

112 Tgb. 17. und 23. März 1941. Druck der Anordnung vom 25. April 1941 bei Karl Altmeyer, *Katholische Presse unter NS-Diktatur. Die katholischen Zeitungen und Zeitschriften Deutschlands in den Jahren 1933 bis 1945*. Berlin 1962, S. 190f.

113 Tgb. 11 Juli 1941.

Angriffe gegen unsere Kriegsführung mehr gefallen lassen«. Man werde »in Zukunft bei Verstößen ihre Druckereien enteignen«. ¹¹⁴

Zur Frage, wie Goebbels konkrete kirchliche Aktivitäten in den ersten Kriegsjahren beurteilt hat, geben die Tagebücher einige neue Aufschlüsse. Bis zum Sieg über Frankreich im Juni 1940 sah Goebbels sich nur selten und dann jeweils mißbilligend zu solchen Notizen veranlaßt. »Die Kirchen werden frech«, notierte er im November 1939 ohne nähere Erläuterung und erwo – wie auch wieder im Januar 1940 –, »die Hirtenbriefe unter Zensur zu stellen.« ¹¹⁵ Die päpstliche Weihnachtsansprache 1939 befand er »voll von sehr scharfen, versteckten Angriffen gegen uns, gegen das Reich und den Nationalsozialismus«. ¹¹⁶ Die Silversterpredigt des Freiburger Erzbischofs Gröber nannte er »glatten Landesverrat«: »Den Jungen müssen wir uns später mal kaufen.« ¹¹⁷

Nach dem militärischen Triumph über Frankreich zeichnete sich in Goebbels' Augen eine Tendenzwende zu kirchlicher Unterwürfigkeit ab. »Die Kirchenfürsten überschütteten den Führer mit devoten Telegrammen«, vermerkte er im Juli 1940. Allmählich werde wohl auch ihnen klar, »wohin die Reise geht«. ¹¹⁸ Was er im nachhinein über den Briefwechsel erfuhr, den Kardinal Bertram und Hitler im April 1940 geführt hatten, paßte ins Bild: »Hochgebietender Herr Reichskanzler«, zitierte er mokant aus Bertrams Glückwunschsreiben zu Hitlers 51. Geburtstag, »und eine sehr ergebene Treuerklärung der deutschen Katholiken.« Hitler habe darauf »positiv« geantwortet, und das sei auch richtig: »Wir wollen heute nicht mehr Feinde, als wir unbedingt haben müssen.« Und für »alles andere« habe man ja später Zeit. ¹¹⁹

Bekanntlich hat Bertrams Gratulationsschreiben zum innerepiskopalen Eklat geführt und die seit 1937 sich anbahnende Flügelbildung im Episkopat forciert: Während Kardinal Bertram – Exponent des einen Flügels – durch Verknüpfung von Dienstwegbeschwerde und Beschwichtigung »den Wandel durch Annäherung«

114 Tgb. 14. September 1940. Zu dieser Besprechung vgl. auch Walter Adolph, Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935-1943, bearbeitet von Ulrich von Hehl. Mainz 1979, S. 275-277.

115 Zitate aus Tgb. 28. November 1939; mit Bezug auf einen (nicht ermittelten) »neuen katholischen Hirtenbrief« heißt es im Tgb. 14. Januar 1940, daß man auf die Dauer »nicht ohne Vorzensur auch auf diesem Gebiete auskommen« werde. Vgl. auch Tgb. 19. Dezember 1939: »Ich muß eine Reihe von konfessionellen Publikationen beschlagnahmen lassen. Die Pfaffen werden etwas zu frech.«

116 Tgb. 28. Dezember 1939. Zur Weihnachtsansprache Pius' XII. vgl. Konrad Repgen, Die Außenpolitik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege. In: Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. 7, hrsg. von Hubert Jedin und Konrad Repgen. Freiburg u. a. 1979, S. 36-96, hier S. 84f.

117 Tgb. 1. Februar 1940. Vgl. Hugo Ott, Sylvesterpredigt (31. 12. 1939) und Fastenhirtenbrief (12. 2. 1941) von Erzbischof Dr. Conrad Gröber und die Reaktion nationalsozialistischer Partei- und Regierungsstellen. Neue Dokumente über das Verhältnis des Freiburger Erzbischofs zum Dritten Reich. In: Freiburger Diözesanarchiv 94 (1974), S. 601-623. Zu Gröber vgl. zuletzt Martin Höllen, Heinrich Wienken, der »unpolitische« Kirchenpolitiker. Eine Biographie aus drei Epochen des deutschen Katholizismus. Mainz 1981, S. 80f.

118 Tgb. 3. Juli 1940.

119 Tgb. 25. August 1940. Abdruck des Briefwechsels Bertram-Hitler 10. bzw. 29. April 1940, bei Walter Adolph, Hirtenamt und Hitler-Diktatur. Berlin 1965, S. 161-163.

erprobte, befürwortete der Berliner Bischof von Preysing – Exponent des anderen Flügels – einen offensiveren Abwehrkurs mit den Mitteln des öffentlichen Protests.¹²⁰ Daß die Fuldaer Plenarkonferenz der katholischen Bischöfe im August 1940 spannungsgeladen verlief, blieb Goebbels nicht verborgen. »Heiße Kämpfe um Verhältnis der Kirche zu uns« seien dort abgelaufen. »Die Kompromißler behalten die Oberhand. Wir haben also Anbiederungsversuche zu erwarten.«¹²¹ Korrekt waren diese – von Heydrichs Nachrichtendienst ermittelten – Informationen gleichwohl nicht. Denn mit Rücksicht auf den tief gekränkten, mit Rücktritt drohenden Konferenzvorsitzenden Bertram hatte die Bischofsrunde auf eine Grundsatzdiskussion verzichtet – »zur Schonung der Person und zum Schaden der Sache.«¹²²

Der nächste gemeinsame Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz – vier Tage nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 verabschiedet und dem Konferenzvorsitzenden mit Mühe abgerungen – enttäuschte Goebbels Anbiederungserwartung dann auch schwer.¹²³

Er enthalte »ziemlich dreiste Unterstellungen und unverschämte Forderungen«. Man werde ihn sich »für die Zukunft merken« und den Herren Bischöfen zu gegebener Zeit »unter die Nase reiben«.¹²⁴ Mehrfach kam Goebbels in den nächsten Wochen mit steigendem Ingrimm auf diesen Hirtenbrief zu sprechen, der in der Anklage gipfelte: »Es geht um Sein oder Nichtsein des Christentums und der Kirche in Deutschland.« Der Hirtenbrief habe »dem Feind moralisch Vorschub« geleistet und »einige nachteilige Folgen im Volk gezeitigt«. Er habe »vor allem in der internationalen Öffentlichkeit sehr geschadet« und in den USA (deren volles Einschwenken in die Gegnerkoalition das Regime fürchtete) »geradezu verheerend« gewirkt. Der Hirtenbrief sei ein »Dolchstoß des katholischen Klerus in den Rücken unserer Kriegführung«. Leider könne man den »Verrätern aus der Schwarzen Internationale« jetzt nicht »den Kopf vor die Füße« legen, aber nach dem Krieg werde die Rechnung beglichen.¹²⁵ Immerhin konnte Goebbels seinen Zorn schon einmal an dem für ihn bestimmten Exemplar der Beschwerdedenkschrift auslassen, die Bertram im Auftrag der Fuldaer Juni-Konferenz an die Reichsregierung sandte: »Ich beantworte diesen Brief nicht, sondern übergebe ihn dem Papierkorb.«¹²⁶ Was Goebbels nachträglich vom SD über den Verlauf dieser Konferenz erfuhr, goß weiter Öl ins Feuer: »Sie ist in der Tat ein

120 Grundlegend Ludwig Volk, Die Fuldaer Bischofskonferenz von der Enzyklika »Mit brennender Sorge« bis zum Ende der NS-Herrschaft. In: D. Albrecht (Anm. 25), S. 66-102, hier S. 74-78. Das Zitat aus ders. (Anm. 106), S. 599.

121 Tgb. 18. September 1940.

122 L. Volk (Anm. 120), S. 76.

123 Gemeinsamer Hirtenbrief des deutschen Episkopats, 26. Juni 1941. Druck: W. Corsten (Anm. 25), Nr. 209. Der Hirtenbrief wurde am 6. Juli 1941 in allen katholischen Kirchen verlesen.

124 Tgb. 9. Juli 1941.

125 Tgb. 11. und 22. Juli, 7. und 12. August 1941. Zur innerdeutschen Resonanz des Hirtenbriefs vgl. auch Heinz Boberach (Hrsg.), Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934-1944. Mainz 1971, Nr. 115.

126 Tgb. 20. Juli 1941. Bertrams Denkschrift datiert vom 12. Juli 1941. Die Endstation Papierkorb illustriert, wie wenig mit Bertrams skrupelhaftem Eingabekurs zu erreichen war. Allerdings vermerkte Goebbels (Tgb. 18. August 1941), als Bertram im August brieflich

Konzilium der Sabotage und des Defätismus gewesen.« Das werde sich nach dem Krieg »einmal sehr schwer rächen«. ¹²⁷ Auch sonst hatte Goebbels in der zweiten Jahreshälfte 1941 Anlaß zu ärgerlichen Notizen. Jeden Tag gebe es »neue Konfliktstoffe, die von den Konfessionen bereitwillig aufgegriffen« würden. »Die katholische Kirche ist hier natürlich vorneweg, während die protestantischen Kirchen doch immerhin eine etwas betontere nationale Haltung einnehmen.« ¹²⁸ Dem Propagandaminister entging auch nicht, daß Bischof Preysing zu den Köpfen eines episkopalen Gremiums gehörte, das seit August 1941 in engem Kontakt mit Ordensleuten und Laien eine Verschärfung des Kampfes für Kirchen- und allgemeine Menschenrechte vorbereitete: ¹²⁹ Die Gruppe um Preysing habe die Parole ausgegeben, »man solle überhaupt nicht mehr mit den Staatsstellen konferieren, sondern sich auf offenen Kampf einstellen«. Diesem Bischof werde er bei nächster Gelegenheit »ein paar passende Worte ins Ohr flüstern« müssen. ¹³⁰

VII. Graf von Galen und die »Euthanasie«

Am heftigsten fühlte die nationalsozialistische Führung sich freilich durch die drei großen Brandpredigten provoziert, die der Münsteraner Bischof Graf v. Galen im Juli und August 1941 hielt. In diesen Kanzelprotesten, die innerhalb wie außerhalb Deutschlands ungewöhnlich raschen und starken Widerhall fanden, brach mit Vehemenz hervor, »was sich im Inneren des Bischofs an Empörung über den Machtmißbrauch der Gestapo und die Ruchlosigkeit der Euthanasie-Morde angestaut hatte«. ¹³¹ Man weiß seit langem, wie aufgebracht die Führungsspitze des Regimes auf diese öffentliche Mordanklage reagierte, wengleich sie sich gezwungen sah, nachzugeben statt zuzustoßen: Die Rache an Galen wurde einstweilen vertagt, die »Euthanasie«-Aktion im August 1941 durch eine Weisung Hitlers vorläufig eingestellt, wobei Galens Protest nicht den einzigen, aber einen entscheidenden Anstoß lieferte. ¹³² Goebbels' Tagebücher geben in diesem Zusammenhang einige neue bzw. präzisierende Informationen.

nachhakte: »Er verarbeitet dabei eine Menge von Materialien, die nicht so ohne weiteres zurückgewiesen werden können.« Zur offenbar eng mit Goebbels abgestimmten ausweichenden Reaktion des zuständigen Ministers Kerrl auf die beiden Vorstöße vgl. Kurt Nowak, »Euthanasie« und Sterilisierung im »Dritten Reich«. Die Konfrontation der evangelischen und katholischen Kirche mit dem »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« und der »Euthanasie«-Aktion. Göttingen 1978, S. 160.

127 Tgb. 7. November 1941.

128 Tgb. 15. September 1941. Anlaß dieser Notiz war die Textgestaltung von Gefallenenanzeigen.

129 Hierzu Klaus Gotto/Hans Günter Hockerts/Konrad Reppen, Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz. In: Klaus Gotto/Konrad Reppen (Hrsg.), Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus. Mainz 1980, S. 113f.

130 Tgb. 25. September 1941.

131 L. Volk (Anm. 106), S. 606.

132 Vgl. Lothar Gruchmann, Euthanasie und Justiz im Dritten Reich. In: »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« 20 (1972), S. 235-279; K. Nowak (Anm. 126); differenzierend Martin Höllen, Katholische Kirche und NS-»Euthanasie«. In: »Zeitschrift für Kirchengeschichte« 91 (1980), S. 53-82; M. Höllen (Anm. 117), S. 90-98.

Die erste Tagebuch-Eintragung über die Galen-Predigten stammt von Mitte August 1941 und bezieht sich offenbar auf die dritte und schärfste Predigt, die am 3. August gehalten worden war.¹³³ Goebbels nannte sie eine »unverschämte und provozierende Rede«, die ein »Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Front« sei. »Man hat ja vom Katholizismus nicht viel für diesen Krieg erwartet; aber daß sich ein hoher Kirchenfürst dazu herbeilassen würde, Zutreiberdienste für den Feind zu leisten, das ist denn doch ein Verbrechen, das für den Staatsanwalt reif wäre.« Drakonisch vorzugehen, sei »wohl im Augenblick psychologisch kaum tragbar«, aber nach dem Krieg werde man »aufrechnen«.¹³⁴ Am 18. August flog Goebbels zum Führerhauptquartier. Hier verständigte er sich zunächst mit Bormann, »daß man es in der Kirchenfrage nicht auf die Spitze treiben darf«, und hatte dann eine ausgedehnte Besprechung mit Hitler über die Lage im Reich und an der Front. Er fand Hitler entschlossen, »ein Exempel zu statuieren«, falls die über Galens Predigt »mitgeteilten Exzesse den Tatsachen entsprechen«. Hitler hatte für diesen Fall bereits einen ausgeklügelten Verfahrensplan im Kopf. Goebbels solle einen Bericht über die Galenpredigt in den englischen Rundfunk lancieren, worauf die deutsche Presse sich dann schützend vor den Bischof stellen und entrüstet dementieren solle, daß ein deutscher Bischof so etwas gesagt haben könne. Nach einer Weile solle dann aber die Richtigkeit des Feindberichts bestätigt werden, und der »darauf folgende Entrüstungssturm des ganzen Volkes« gebe dann die »willkommene Gelegenheit«, um Galen vor den Volksgerichtshof zu stellen und »zu einer schweren Strafe verurteilen zu lassen«.

»Sonst aber ist der Führer entschlossen, im Inneren Ruhe zu halten«, vermerkte Goebbels. Ihm entging nicht, daß eine unerwartet schwierige militärische Lage Hitlers innenpolitischen Ruhebedarf vergrößerte. Hitler – »etwas angegriffen und kränklich«, von der unvorhergesehenen Massivität des sowjetischen Widerstands »sehr hart mitgenommen« – war »innerlich über sich sehr ungehalten«, da er »sich so über das Potential der Bolschewiken hat täuschen lassen«. Um so wichtiger schien es ihm, »die Lasten des Krieges, auch solche psychologischer Art, für die breiten Massen auf ein Minimum zusammenzustreichen«. Goebbels befürwortete dies sehr und verschwieг nicht, daß es um die Stimmung der Bevölkerung »in den letzten Wochen etwas kritisch gestanden hat«.¹³⁵ Zweifellos ist Hitlers Weisung vom 24. August 1941, die »Euthanasie« abzustoppen, in diesem Zusammenhang zu sehen, wenngleich das Tagebuch dies nur indirekt bestätigt. Immerhin erging sich Goebbels am 22. August 1941, inzwischen nach Berlin zurückgekehrt, in Betrachtungen darüber, »ob es überhaupt richtig gewesen« sei, die »Euthanasie in so großem Umfang, wie das in den letzten Monaten geschehen ist, aufzurollen«. Gewiß fand es der Sozialdarwinist Goebbels ganz »unerträglich«, wenn »für das praktische Leben gänzlich ungeeignete Menschen« während eines Krieges »mitgeschleppt werden«.¹³⁶ Gewiß hatte Goebbels noch im Januar 1941 den mit dem Mordprogramm beauftragten Reichsleiter Bouhler darin

133 Abdruck der drei Predigten vom 13. Juli, 20. Juli und 3. August 1941 bei Heinrich Portmann, Der Bischof von Münster. Das Echo eines Kampfes für Gottesrecht und Menschenrecht. Münster 1946, S. 123-155.

134 Tgb. 14. August 1941.

135 Alle Zitate aus Tgb. 19. August 1941.

136 Tgb. 22. August 1941.

bestärkt, mit »der stillschweigenden Liquidierung von Geisteskranken« eine »harte, aber auch eine notwendige Arbeit« zu leisten: »80 000 sind weg, 60 000 müssen noch weg.«¹³⁷ Aber jetzt, im August 1941, war die Unruhe der Bevölkerung so groß, daß Goebbels befand, man müsse »froh sein, wenn die daran angeknüpfte Aktion zu Ende ist«.¹³⁸

Galens Protest hatte viel zu dieser Unruhe beigetragen, und er löste auch im Ausland ein lautes und lange nachhallendes Echo aus. Von einer »Lancierung« scheint Goebbels wohlweislich abgesehen zu haben, denn sie war ebenso überflüssig wie das Auslandsecho schädlich. Galen, der »komplette Landesverräter«, werde in der »Auslandspresse als einer der Hauptkronzeugen gegen uns zitiert«, notierte Goebbels Ende September 1941. Unentwegt werde er von Radio London herausgestrichen. Obgleich Goebbels die Authentizität der inkriminierten Äußerungen längst festgestellt hatte, wollte er mit Repressivmaßnahmen noch warten. »Hoffentlich bietet eine günstige Entwicklung des Ostfeldzugs bald die Möglichkeit dazu.«¹³⁹ Einen scharf antikommunistischen Hirtenbrief Galens mochte Goebbels nicht als Zeichen des Einlenkens gelten lassen, denn »selbst bei seiner Polemik gegen den Bolschewismus kann er es sich nicht versagen, den Nationalsozialismus so ungefähr mit ihm auf eine Stufe zu stellen«.¹⁴⁰ Über Galens »polemische Exzesse« unterbreitete Goebbels seinem Führer Anfang November 1941 einen ausführlichen schriftlichen Bericht.¹⁴¹

Zwei Unterredungen zwischen Hitler und Goebbels boten dann am 21. und 29. November 1941 Gelegenheit, das weitere Vorgehen zu beraten. »Den Bischof Galen hat er auf dem Kieker«, faßte Goebbels Hitlers Auslassungen nach dem ersten Treffen zusammen. Er lasse »jede einzelne Handlung dieses Landesverrätters« beobachten. Hitler wolle »in einem günstigen Augenblick zuschlagen«, und dann werde es »für den katholischen Klerus nichts zu lachen« geben.¹⁴² Das zweite Treffen bekräftigte diese Linie: »Man werde das Treiben des Bischofs Graf Galen vom Ausguck aus« beobachten, aber versuchen, »eine offene Auseinandersetzung mit der Kirche während des Krieges zu vermeiden«. Im Krieg müsse man »manches einstecken«, im richtigen Zeitpunkt aber werde man »hart zuzufassen« wissen.¹⁴³ Für die künftige Generalabrechnung legte Goebbels eine »Mappe Graf Galen« an, und dort heftete er auch die Eingaben des evangelischen Bischofs Wurm ab, der »ein Galen im protestantischen Lager werden« wolle.¹⁴⁴ Hitler selbst nahm sich am Jahresende 1941 vor, die Generalabrechnung zu gegebener Zeit persönlich durchzuführen: »Der Krieg wird

137 Tgb. 31. Januar 1941. Bisher war unklar, welches quantitative Ziel »Euthanasie«-Planer anstrebten. Die von Goebbels notierten Zahlenangaben Bouhlers führen in dieser Frage weiter.

138 Tgb. 22. August 1941.

139 Tgb. 29. September bzw. 1. Oktober 1941.

140 Tgb. 2. Oktober 1941. Der Hirtenbrief datiert vom 14. September 1941 und ist breit zitiert bei H. Boberach (Anm. 125), S. 570-572.

141 Tgb. 5. November 1941.

142 Tgb. 22. November 1941.

143 Tgb. 30. November 1941.

144 Tgb. 14. Januar 1942. Zu Wurm vgl. Gerhard Schäfer / Richard Fischer (Hrsg.), Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940-1945. Eine Dokumentation. Stuttgart 1968.

sein Ende nehmen, und ich werde meine letzte Lebensaufgabe darin sehen, das Kirchenproblem noch zu klären. Erst dann wird die deutsche Nation gesichert sein.«¹⁴⁵

VIII. Der Nationalsozialismus und die Kirchen

Zu den grundlegenden Entwicklungen der abendländischen Geschichte gehört Max Weber zufolge die »institutionelle Differenzierung von weltlicher und geistlicher Herrschaft«, von Staat und Kirche, von politischer Herrschaft einerseits, der »Kompetenz für Wertbestimmungen und Sinndeutungen« andererseits.¹⁴⁶ Der Nationalsozialismus unternahm den Versuch, diesen Prozeß rückgängig zu machen, indem er ein politisches Herrschaftsmonopol mit einem weltanschaulichen Normierungsmonopol verband. Die sozialdarwinistisch-rassistisch gespeiste, in verschiedenen Frontstellungen gegen Marxismus, Liberalismus und Humanismus gerichtete nationalsozialistische Weltanschauung wurde mit Ausschließlichkeitsanspruch ausgestattet, um einen Vorläufigkeitscharakter des Politischen, die Begrenzungs- und Kontrollbedürftigkeit des Politischen sprengende Machtexpansion zu legitimieren. Da das nationalsozialistische Regime wesentliche reale Wurzeln gesellschaftlicher Konflikte negierte, war es weder willens noch in der Lage, politische Verfahren zum Austrag und Ausgleich dieser Konflikte zu entwickeln: Desto mehr sah die nationalsozialistische Führung sich zur Durchsetzung ihres Weltanschauungsmonopols veranlaßt, um auf der Ebene der Bewußtseinsformung den Verzicht auf Interessen und Sperrnormen zu bewirken, die die Unterordnung unter den prinzipiell unbegrenzten Herrschaftswillen stören konnten. Deshalb sprach insbesondere Hitler selbst unablässig vom Primat des Weltanschaulichen, vom Ziel der »weltanschaulichen Geschlossenheit« des deutschen Volkes, die durch »nationalsozialistische Erziehung« immer mehr »vertieft und erhärtet« werden müsse.¹⁴⁷ Zusammen mit der Durchsetzung des Weltanschauungsmonopols ergab die Repression aller gesellschaftlichen Kräfte, die sich »nicht assimilieren oder manipulieren« ließen,¹⁴⁸ jene Herrschspraxis, deren Merkmale der Totalitarismusbegriff idealtypisch beschreibt.

145 Vgl. A. Hitler (Anm. 32), S. 150 (Tischgespräch vom 13. Dezember 1941).

146 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen ⁵1972, S. 688-726. Zitate nach der Umformulierung von M. Rainer Lepsius, *Modernisierungspolitik als Institutionenbildung: Kriterien institutioneller Differenzierung*. In: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Probleme der Modernisierungspolitik*. Meisenheim 1977, S. 17-28, hier S. 18.

147 So z. B. in Hitlers Vierjahresplan-Denkschrift, abgedruckt bei Wilhelm Treue, *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936*. In: »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« 3 (1955), S. 184-210. Weitere Belege zum Primat des Weltanschaulichen bei Tim Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*. Opladen ²1978, S. 23-30. – Erstaunlich weit neben der Wahrheit liegt die von Michael H. Kater vertretene Meinung: »Je mehr sich das NS-Regime als technologisches Phänomen (Aufrüstung, Weltkrieg, rationalisierte Mordverfahren) konturierte, desto stärker trat die in kleinbürgerlichen Wertsystemen verhaftete Ideologie, als ursprüngliche Ziehmutter dieser Entwicklung, samt ihren Protagonisten in den Hintergrund.« Es genüge hier die Frage: Traten Weltanschauungsfanatiker wie Hitler, Himmler und Bormann in den Hintergrund? Vgl. Michael H. Kater, *Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung*. In: Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich*. Hamburg 1976, S. 25-68, hier S. 39.

148 L. Volk (Anm. 120), S. 93.

Aus der Logik des nationalsozialistischen Herrschaftswillens folgte die Gegnerschaft zur katholischen Kirche und zur Bekennenden Kirche (wie auch zu kleineren Glaubensgemeinschaften), die nicht den Assimilationsweg der Deutschen Christen gingen. Den Anspruch auf ausschließliche Normbestimmungs-Kompetenz sahen die Nationalsozialisten gestört, da diese Kirchen ein eigenständiges, den sozialdarwinistischen Kernbereich der NS-Ideologie zuwiderlaufendes christliches Wertesystem verteidigten. Die totalitäre Machtexpansion sahen sie gehemmt, da diese Kirchen einen unabhängigen Artikulations- und Wirkungsraum zu erhalten suchten. Die Gleichschaltung der Gesellschaft sahen sie behindert, da diese Kirchen ihre Identität als wertvermittelnde und verhaltenssteuernde Institutionen bewahren wollten.

Die Goebbels-Tagebücher sind ein zentrales Dokument dieser Kirchenrezeption und der daraus abgeleiteten Kirchenpolitik. Sie gehören zu den aussagekräftigsten Quellen für die Frage, was die Angreiferseite im Konflikt zwischen Nationalsozialismus und Kirchen dachte, wollte und tat. Für die Frage nach den kirchlichen Intentionen sinkt der Quellenwert dieser Tagebücher hingegen rapide ab. Indem die Tagebücher einen auf die Alternative des Entweder-Oder, der Unterwerfung oder des Widerstands zugeschnittenen Wahrnehmungsraster anlegen, entsprechen sie nicht der weitaus komplizierteren Gemengelage des kirchlichen Selbstverständnisses. Hier vermischten sich partielle Loyalität mit partiellem Konflikt, wobei das Mischungsverhältnis zeitlich, thematisch, kollektiv und individuell – vielleicht auch regional – vielfach zu differenzieren ist. Insgesamt deutlich geschlossener als der Protestantismus, zeigte auch der Katholizismus eine große Verhaltensspannbreite: Weder der Episkopat noch der Ortsklerus, weder der Verbandskatholizismus noch die Masse der Gläubigen reagierte einheitlich, sondern – von wichtigen individuellen Ausnahmen abgesehen – in einer breiten Skala oberhalb der bedingungslosen Unterwerfung und unterhalb der Schwelle zum aktiven Widerstand im Sinne der generellen Loyalitätsaufkündigung und der Aktivität zum Sturz des Regimes. Neben der weiteren empirischen Erforschung der Lebenswirklichkeit im Dritten Reich wird es lohnend sein, ein begriffliches Instrumentarium zu entwickeln, das breit genug ist, um das ganze Spektrum von (Teil-)Verweigerungen unter nationalsozialistischer Herrschaft zu erfassen, aber differenziert genug, um klare kategoriale Unterscheidungen zu liefern.¹⁴⁹ Dieses Begriffsfeld wird immer auf die spezifischen Rahmenbedingungen eines Regimes bezogen sein müssen, das durch extreme Ausweitung von Zugriffsansprüchen, Herrschaftsmechanismen und Repressionsdrohungen die Bedeutung von Verhaltensweisen veränderte, indem es ihre Voraussetzungen und Folgen veränderte. Kirchliche Identitätsbewahrung zum Beispiel bedeutete unter den Bedingungen nationalsozialistischer Herrschaft die Auslösung von Oppositionsverdacht, von ideologisch-agitatorischer und organisatorisch-institutioneller Bedrückung und die Aussicht auf eine Generalabrechnung, deren Konturen in Goebbels' Tagebüchern vorweggenommen sind.

149 Begrifflich anregend zuletzt Detlev Peukert, *Alltag unterm Nationalsozialismus*, Berlin 1981, sowie die Beiträge von Peter Hüttenberger / Martin Broszat. In: *Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt*, Teil C, hrsg. von Martin Broszat / Elke Fröhlich / Anton Grossmann. München/Wien 1981; ein knapper Ansatz zur begrifflichen Abstufung kirchlicher Nichtanpassung bei K. Gotto / H. G. Hockerts / K. Reppen (Anm. 129), S. 102-104.